

- 1 Die Prioritäten der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat
- 6 Ukraine-Munition: Unterlassene Hilfeleistung
- 8 Emser Werke: Nazis, Nylon und Napalm
- 10 Das Emser Opalm im Einsatz in Yemen und Osttimor

- 18 Europas Sicherheitsarchitektur in Trümmern
- 22 Russlands atomare Macht
- 26 Ukraine: Tagebücher einer Invasion
- 24 Über die ukrainische Literatur

Die Prioritäten der Schweiz in den beiden nächsten Jahren im UNO-Sicherheitsrat

Was will und soll die Schweiz?

Am 1. Januar 2023 wird die Schweiz zum ersten Mal in ihrer Geschichte für eine zweijährige Periode Einsitz in den UNO-Sicherheitsrat nehmen. Damit wird sie die Gelegenheit haben, im für internationale Sicherheit wichtigsten multilateralen Forum ihre Interessen und Werte zu vertreten. Eigene Akzente gedenkt die Eidgenossenschaft mittels der von ihr festgelegten thematischen Prioritäten zu setzen.

/ Fabien Merz /

Am 9. Juni 2022 wurde die Schweiz von der UNO-Generalversammlung in New York mit 187 von 190 möglichen Stimmen für eine zweijährige Periode von 2023 bis 2024 als nichtständiges Mitglied in den UNO-Sicherheitsrat gewählt. Das Glanzresultat bei den Wahlen widerspiegelt die Unterstützung und das Vertrauen, welche die Schweiz international geniesst. Ebenfalls dürften die gute Vorarbeit der Schweizer Diplomatie und die sorgfältig vorbereitete sowie gut umgesetzte Kampagne zu diesem guten Wahlergebnis beigetragen haben.

Laut der UNO-Charta kommt dem Sicherheitsrat die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der interna-

tionalen Sicherheit zu. Entsprechend ist der Sicherheitsrat seit seiner Gründung 1945 das global massgebliche multilaterale Forum für internationale Sicherheitsfragen. Die Mitgliedschaft in diesem Gremium wird es der Schweiz ermöglichen, dort nicht nur ihre Interessen zu vertreten, sondern auch für diejenigen Werte einzustehen, für die ihre Aussenpolitik traditionell steht. Zusätzlich dürfte die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Schweiz eine ganze Reihe möglicher Vorteile bringen, darunter etwa einen wichtigen Erfahrungsgewinn für die Schweizer Diplomatie, die Möglichkeit, internationale Netzwerke auszubauen sowie die Position des internationalen Genfs zu stärken.

Im Sicherheitsrat wird die Schweiz zudem ein Stück weit Einfluss auf die inhaltliche Ausrichtung und die effiziente Mittelverwendung der UNO nehmen können.

Vorbereitung auf schwieriges Umfeld

Mandate als nichtständige Sicherheitsratsmitglieder gelten als äusserst herausfordernd. Aufgrund seiner Zusammensetzung und Funktionsweise herrscht im Sicherheitsrat eine Machtasymmetrie zwischen den fünf ständigen Mitgliedern (P5 für *permanent five*) einerseits und den zehn nichtständigen, gewählten Mitgliedern (E10 für *elected ten*) andererseits. Dieses Machtgefälle ist grösstenteils auf das Vetorecht so-

wie auf den ständigen Status der P5 zurückzuführen. Während die Vetomacht es den P5 ermöglicht, unliebsame Initiativen zu blockieren (oder damit zu drohen, um entsprechende Initiativen ihren Präferenzen anzugleichen), hat es ihr ständiger Status ermöglicht, die Funktions- und Arbeitsweise des Rates entscheidend zu prägen; dies oftmals zu ihren Gunsten und zu Ungunsten der E10. Diese Faktoren haben mitunter eine einschränkende Wirkung auf den Gestal-



Fortsetzung Seite 2

tungsraum, den gewählte Ratsmitglieder haben. Gleichzeitig sind dies auch die Hauptgründe dafür, dass viele UNO-Mitgliedstaaten sowie unabhängige Beobachterinnen und Beobachter den Rat als wenig transparent, zum Teil ineffizient und ungenügend partizipativ und rechenschaftspflichtig kritisieren.

Zu diesen für gewählte Mitglieder erschwerenden strukturellen Faktoren kommen gegenwärtig Herausforderungen hinzu, die sich aus der internationalen Grosswetterlage ergeben. Die internationalen Spannungen zwischen westlichen Demokratien einerseits und den Autokratien Russland und China andererseits haben sich seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine Anfang 2022 nochmals dezidiert verschärft. Da der Sicherheitsrat, um zu funktionieren, ein gewisses Mass an Kooperation zwischen seinen Mitgliedern voraussetzt, wirken sich internationale Spannungen, besonders unter den fünf Vetomächten, in der Regel negativ auf

die Handlungsfähigkeit des Rates aus. Diese Dynamiken können den ohnehin schon begrenzten Gestaltungsspielraum gewählter Ratsmitglieder weiter einschränken.

Eine besondere Herausforderung

Vorerst scheint der Rat zwar seine Handlungsfähigkeit trotz des russischen Angriffs auf die Ukraine im Februar 2022 und den damit einhergehenden verstärkten internationalen Spannungen in vielen Dossiers beibehalten zu haben. Es ist allerdings schwer absehbar, wie sich diese Dynamik weiterentwickeln und welchen Einfluss dies auf den Handlungsspielraum gewählter Ratsmitglieder, inklusive der Schweiz, haben wird. Hinzu kommt, dass Sicherheitsratsmandate ganz besonders für kleinere und mittelgrosse Staaten wie die Schweiz als besonders herausfordernd gelten.

Weiter gilt es zu beachten, dass es bei einer erstmaligen Ratsmitgliedschaft, wie es auch für die Schweiz der Fall sein wird, keinerlei Erfahrungswerte gibt, wie das jeweilige politische System und dessen Verwaltung am effizientesten mit den mit einer Ratsmitgliedschaft einhergehenden Herausforderungen fertig wird. Dazu gehören etwa Fragen der verwaltungsinternen Organisation und Koordination sowie der Ausgestaltung der Entscheidungsfindungsprozesse.

Gleichzeitig zeigen die Erfahrungen deutlich, dass es auch kleineren gewählten Mitgliedern gelingen kann, sich konstruktiv einzubringen und die Arbeiten des Rates entscheidend zu beeinflussen. Dabei hat sich eine Reihe an Vorgehensweisen und Strategien als besonders zielführend erwiesen. Wichtig ist unter anderem eine sorgfältige Vorbereitung auf eine Einsitznahme. Weil sie ohne Gegenkandidat war, konnte die Schweiz schon früh mit einer Wahl in den Sicherheitsrat rechnen. Entsprechend konnte im internationalen Vergleich früh mit tiefgreifenden Vorbereitungen begonnen werden. In diesem Zusammenhang wurde in der Bundesverwaltung die ganze Bandbreite des im Rahmen einer Sicherheitsratsmitgliedschaft benötigten Fachwissens ausgebaut und gefestigt.

Vier Prioritäten der Schweiz

Dazu gehören zum Beispiel Kenntnisse zur Funktionsweise des Sicherheitsrates und in denjenigen Dossiers, die der Rat regelmässig diskutiert. Ebenfalls traf der Bundesrat wichtige Entscheide bezüglich der verwaltungsinternen Organisa-

tion. So wurde zwar entschieden, die am stärksten involvierten Organisationseinheiten innerhalb der Bundesverwaltung temporär personell aufzustocken. Es wurde aber bewusst darauf verzichtet, neue Strukturen zu schaffen. Stattdessen setzte man auf den Ausbau der bereits in der Bundesverwaltung bestehenden Strukturen, Prozesse und Ressourcen, welche sich im Rahmen des bisherigen UNO-Engagements der Schweiz bewährt haben. Zudem wurden Überlegungen zur Beteiligung des Parlaments angestellt und schon früh Akteure aus der Schweizer Zivilgesellschaft und der Forschung eingebunden.

Nach der geglückten Wahl im Juni 2022 wurden die Vorbereitungen nochmals intensiviert. So legte der Bundesrat im Austausch mit den Aussenpolitischen Kommissionen (APK) beider Räte die Modalitäten des Einbezugs des Parlaments fest. Nach einem längeren verwaltungsinternen Konsultationsprozess sowie der Rücksprache mit den beiden APK wurden im August 2022 zudem die thematischen Prioritäten für die Schweizer Einsitznahme im Sicherheitsrat definiert. Die Schweiz wird sich während ihrer Mitgliedschaft somit insbesondere für (1) nachhaltigen Frieden, (2) den Schutz der Zivilbevölkerung, (3) Klimasicherheit sowie (4) mehr Effizienz des Rates einzusetzen versuchen.

Thematische Akzente setzen

Dabei ist es wichtig, sich vor Augen zu halten, dass die Agenda des Rates zu rund 80 Prozent aus länder- beziehungsweise regionalspezifischen Diskussionen und nur zu rund 20 Prozent aus Querschnittsthemen besteht. Gemäss ihrer Aussenpolitischen Strategie 2020–2023 strebt die Schweiz im Sicherheitsrat ein glaubwürdiges Engagement an. Dies betrifft die ganze Bandbreite der Ratsagenda und erfolgt in erster Linie im Tagsgeschäft zu den einzelnen Länder- beziehungsweise Regionalkontexten.

Thematische Akzente können in erster Linie hinsichtlich der Querschnittsthemen im Rat eingebracht werden. Zugleich gibt es aber auch im Rahmen der länder- beziehungsweise regionalspezifischen Dossiers Raum, um thematische Prioritäten einzubringen. Dies etwa, wenn Beschlüsse des Rates, wie zum Beispiel Mandate von UNO-Friedensmissionen (oder deren Erneuerungen), mit thematischen Elementen angereichert werden. Ebenfalls ist der rotierende Ratsvorsitz – für die Schweiz im Mai

FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Telefon +41 (0)44 242 93 21, info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch, PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich, IBAN CH64 0900 0000 8003 5870 1

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt.

Mitarbeit: Regula Bochsler, verschiedene AutorInnen des Friedensgutachtens 2022, Fabien Merz, Halyna Petrosanyak, Marionna Schlatter, Liliane Studer, Ruedi Tobler, Oliver Thränert.

Korrektur: Liliane Studer.

Bilder: Titelseite: Kichka; Seite 6: Kichka; Seite 9: Indonesische Luftwaffe; Seite 11: Schweizerisches Bundesarchiv; Seite 13: Richard Beeston; Seite 23: CSS; Seite 25: Kichka; Seite 32: Banksy.

Druck: Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: 2000 Ex., Dezember 2022

Die **FRIEDENSZEITUNG** erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 50.–. ISSN 1664-4492



2023 und im Herbst 2024 – eine gute Gelegenheit, um thematische Prioritäten einzubringen.

Die thematischen Schwerpunkte dienen oft als eine Art Fixstern, mit denen die jeweilige Mitgliedschaft identifiziert wird. Obwohl thematische Schwerpunkte für gewählte Mitglieder neben der Bewältigung des Tagesgeschäfts nur einen kleinen Teil des Gesamtbeitrags ausmachen, prägen diese die jeweilige Ratsmitgliedschaft doch entscheidend mit. Die Arbeiten im Bereich der thematischen Schwerpunkte werden somit zwar einen verhältnismässig kleinen, aber einen nicht minder wichtigen Teil des Schweizer Engagements während der Einsitznahme im Sicherheitsrat einnehmen.

1. Nachhaltigen Frieden fördern

Die Friedensförderung ist in der Bundesverfassung verankert und gehört zu den aussenpolitischen Prioritäten der Schweiz. Entsprechend engagiert sich die Schweiz im Rahmen ihrer Aussenpolitik bereits seit Längerem in den Bereichen der Konfliktbearbeitung sowie in der Konfliktprävention und -beilegung. Teile dessen sind die Guten Dienste, darunter auch Mediation und Schutzmandate, die Unterstützung bei der Vergangenheitsbewältigung und das Begleiten demokratischer Prozesse.

Der Sicherheitsrat ist als das wichtigste multilaterale Gremium zur Friedensförderung ideal, um die Wirksamkeit des langjährigen Schweizer Engagements in diesem Bereich zu erhöhen und somit eine der Prioritäten der Schweizer Aussenpolitik voranzutreiben. Die Schweiz verfügt aufgrund ihres langjährigen Engagements im Bereich der Friedensförderung zudem über entsprechendes Fachwissen und internationale Glaubwürdigkeit, beides wichtige Voraussetzungen, um im Rat einen Mehrwert zu bieten. Die Schweiz hat sich im Rahmen ihrer Sicherheitsratsmitgliedschaft unter anderem vorgenommen, neben ihrem Engagement für die Einhaltung der Menschenrechte und für einen besseren Schutz von Minderheiten auch für eine wirksamere UNO-Friedensförderung sowie die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Friedensprozessen (der Agenda für Women, Peace and Security) einzustehen.

Treibende Kraft in der WPS-Agenda

Nebst ihrem langjährigen Engagement und international anerkannten Leistungs-

ausweis im Bereich der Menschenrechte, des Schutzes von Minderheiten und der WPS-Agenda beteiligt sich die Schweiz seit 1990 auch mit unbewaffneten MilitärbeobachterInnen an verschiedenen UNO-Missionen. Die Schweiz verfügt unter anderem deswegen in gewissen für UNO-Missionen relevanten Nischen über langjährige Erfahrung, darunter etwa in den Bereichen der Rüstungskontrolle und Abrüstung, des humanitären Völkerrechts und Kriegsvölkerrechts, der humanitären Minenräumung, der DDR (disarmament, demobilization and reintegration), der Sicherheitssektorreformen, der Kleinwaffen- und Munitionsverwaltung sowie generell im Ausbildungsbereich.

Diese Expertise könnte zum Beispiel im Rahmen von Mandatserneuerungen von Friedensmissionen eingebracht werden. Auch gilt die Schweiz beispielsweise als eine der treibenden Kräfte hinter der WPS-Agenda und hat 2022 den Vorsitz des UNO-WPS-Netzwerks inne. Gerade im WPS-Bereich könnte die Schweiz nicht nur auf ihrem Fachwissen und ihrer internationalen Glaubwürdigkeit, sondern auch auf bereits von anderen gewählten Sicherheitsratsmitgliedern Erreichtem aufbauen, darunter unter anderem Schweden 2017/18, Deutschland 2019/20 und zuletzt Irland und Norwegen 2020/21. Weiter gehört die WPS-Agenda zu den Prioritäten einiger der zukünftigen Co-Ratsmitglieder der Schweiz, darunter Malta, welches ebenfalls im Juni 2022 in den Sicherheitsrat gewählt wurde. Dies eröffnet der Schweiz die Möglichkeit eines abgestimmten Vorgehens mit anderen Ratsmitgliedern.

Zudem ist die Schweiz für ihre Guten Dienste bekannt, unter anderem im Rahmen von UNO-Friedensprozessen. Auf Ersuchen des damaligen UNO-Generalsekretärs Ban Ki-moon ermöglichte die Schweiz zum Beispiel ab 2013 Syrien-Friedensgespräche in Genf, die sich nach dem Fahrplan einer Resolution des Sicherheitsrates richten. Entsprechend sollte die Schweiz ihre Mitgliedschaft im Sicherheitsrat auch nutzen, um ihre Guten Dienste weiter zu verstärken, zum Beispiel, indem sie sich als Vermittlerin in Konfliktsituationen einbringt und ihre Expertise im Mediationsbereich anbietet. Schweden, welches friedenspolitisch über ein ähnliches Profil wie die Schweiz verfügt, gelang es zum Bei-

Fortsetzung Seite 4

Editorial

Zu dieser Ausgabe

Wir haben uns in den letzten Jahren im Rahmen einer Serie und in einzelnen Beiträgen ausführlich mit der Kandidatur der Schweiz für einen nichtständigen Sitz des Landes im UNO-Sicherheitsrat für die nächsten beiden Jahre befasst. Weil wir die Einsitznahme der Schweiz ins wichtigste UNO-Organ als zentralen aussenpolitischen Beitrag zur internationalen Friedenssicherung, gerade in diesen Kriegzeiten, befürworten, und uns zusätzlich erhoffen, dass unsere Diplomatie zur dringenden Reform des Sicherheitsrates konstruktiv beitragen kann. Weit oben steht hier die Frage, ob die bisherigen ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates mit ihrem Vetorecht schwerwiegende Verletzungen des Völkerrechts weiterhin torpedieren können. Der erste Schwerpunkt des Heftes fasst nochmals die Bedeutung der Kandidatur zusammen, beleuchtet die Voraussetzungen der Arbeit unserer Diplomatie in New York und stellt die vier Prioritäten vor, die der Bundesrat für die Tätigkeit im Sicherheitsrat formuliert hat. Wir werden diese Arbeit die nächsten zwei Jahre kritisch begleiten.

Auch in dieser letzten Ausgabe des Jahres widmen wir – wie bereits in den ersten drei Nummern – einen Schwerpunkt dem gerade in den letzten Wochen wieder eskalierenden Krieg Russlands gegen die Ukraine. Wir können das Thema nicht abhaken, auch wenn sich hier und da eine gewisse Müdigkeit in der Solidarität mit der Ukraine einschleichen sollte. Zu gross ist dieser europäische Zivilisationsbruch, zu totalitär die Kriegsführung Putins im Angesicht des Winters, zu sehr wirken sich die Folgen des Krieges auf unsere gesamte Friedensarbeit aus. Wir haben uns diesmal insbesondere der Literatur des angegriffenen Landes gewidmet. Die Lektüre dieser aktuellen Bücher ist eine Herausforderung, sie soll es auch sein. Sie bieten jedoch – und das steht für uns im Vordergrund – Hintergrundinformationen, um besser verstehen zu lernen.

Die umfangreichen Auszüge aus dem Buch «Nylon und Napalm» über die Vorgeschichte der von den Blochers übernommenen Emser Werke sollen ermutigen, sich den Band zu beschaffen, es ist nicht nur ein Lehrstück über Kriegswirtschaft, sondern deckt auch die vielen Facetten und Verwicklungen des Waffenhandelsgeschäfts auf, die die Grundlage des Imperiums der Blochers bilden.

Wie gerne hätten wir uns in dieser Nummer mit etwas hoffnungsfroheren Themen befasst, doch 2022 war diesbezüglich kein gutes Jahr.

Peter Weishaupt

spiel 2017 während seiner Ratsmitgliedschaft im Jemenkonflikt einen vorübergehenden Waffenstillstand zu erwirken. BeobachterInnen gehen davon aus, dass es unter anderem die Ratsmitgliedschaft war, welche es Schweden ermöglicht hat, sich in diesem Kontext einzubringen.

2. Zivilbevölkerung schützen

Die erste thematische Resolution, welche sich auf den Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten (protection of civilians in armed conflict, PoC) konzentriert, wurde 1999 vom Rat verabschiedet. Seither ist PoC fester Bestandteil der Agenda des Sicherheitsrates. Im Gegensatz zu anderen Themenbereichen anerkannten die Ratsmitglieder die Notwendigkeit von PoC grundsätzlich an. Dieser Konsens hat es dem Rat ermöglicht, sich sowohl auf thematischer Ebene als auch in länderspezifischen Situationen intensiv mit dem Schutz der Zivilbevölkerung zu befassen.

Seit 1999 hat die UNO auf Geheiss des Sicherheitsrat zum Beispiel sechzehn Missionen mit expliziten PoC-Mandaten durchgeführt. Inzwischen sind die meisten UNO-Friedenssicherungseinsätze mit PoC-Mandaten ausgestattet, und Schutzbestimmungen werden in der grossen Mehrheit der länderspezifischen Beschlüsse des Rates aufgenommen. Zudem finden jährlich offene Debatten des Sicherheitsrates zu diesem Thema statt, und der UNO-Generalsekretär ist verpflichtet, in regelmässigen Abständen Berichte zu erstellen.

Die Schweiz hat als Sitzland des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) und als Depositärstaat der Genfer Konventionen von 1949 sowie deren Zusatzprotokolle von 1977 eine lange und ausgeprägte humanitäre Tradition. Damit verbunden ist auch ihr langjähriges und weltweit anerkanntes Engagement für das humanitäre Völkerrecht und den Schutz der Zivilbevölkerung in Konflikten. Die Schweiz gilt auch innerhalb des UNO-Systems als engagierte Akteurin im PoC-Bereich.

Einhaltung des Völkerrechts fördern

Vor diesem Hintergrund hat sich die Schweiz für die Zeit ihrer Mitgliedschaft im Sicherheitsrat unter anderem vorgenommen, für eine striktere und um-

fassendere Einhaltung des humanitären Völkerrechts, insbesondere den Schutz der Zivilbevölkerung, einzutreten. Dabei will sie ein besonderes Augenmerk auf den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten, von PatientInnen, Flüchtenden, medizinischem Personal und Einrichtungen, Transporten sowie von kritischer Infrastruktur wie etwa der Wasserversorgung oder Nahrungsmittelproduktion legen. Überdies gilt es, die strafrechtliche Verfolgung von Verletzungen des humanitären Völkerrechts konsequenter zu handhaben und die Ernährungssicherheit in Konfliktregionen zu verbessern.

Der Fokus auf diese Bereiche erscheint sinnvoll, da sie einerseits wichtige Bereiche im bestehenden PoC-Dispositiv darstellen und die Schweiz andererseits über relevante Expertise und Glaubwürdigkeit verfügt. Zudem wird die Schweiz in mehreren dieser Bereiche auf bereits von anderen Sicherheitsratsmitgliedern Erreichtem aufbauen können, zum Beispiel von Belgien beim Schutz von Kindern in Konflikten und von den Niederlanden im Bereich der Ernährungssicherheit. Die Niederlande hatten zum Beispiel 2018 gemeinsam mit anderen Ratsmitgliedern eine thematische Resolution zur Ernährungssicherheit in Konflikten vorgeschlagen und durchgebracht. Eine von der Schweiz mitfinanzierte Studie und Workshopreihe diene als Grundlage für diese Resolution.

Humanitäre Korridore einrichten

Weiter lassen die Prioritäten der zukünftigen Co-Ratsmitglieder Raum für Kooperation erkennen, zum Beispiel mit Malta, welches sich unter anderem ebenfalls zum Ziel gesetzt hat, den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten zu verbessern. Ganz allgemein sollte die Schweiz nicht nur das Ziel der Verfeinerung des normativen Rahmens anstreben, sondern sich auch besonders dafür einsetzen, dass das vorhandene Regelwerk situationsgerecht umgesetzt werden kann. Gerade Letzteres wird von vielen BeobachterInnen als strukturelle Schwachstelle im gegenwärtigen PoC-Dispositiv angesehen.

Ein weiterer Bereich, für den sich die Schweiz im Rahmen ihrer Aussenpolitik schon seit Längerem stark einsetzt und internationale Anerkennung genießt, ist das Sicherstellen des humanitären Zugangs in Konfliktsituationen. Im Kontext des Syrienkriegs war es dem Rat zum Beispiel ab 2014 dank

der Initiative mehrerer gewählter Mitglieder gelungen, humanitäre Korridore einzurichten. Seither konnte der 2014 eingerichtete Mechanismus trotz sich kontinuierlich versteifender russischer Opposition jedes Jahr erneuert werden, zuletzt Mitte 2022, unter anderem dank den Bestrebungen von Irland und Norwegen. Entsprechend könnte es für die Schweiz Sinn machen, sich unter anderem auch für die Anfang 2023 anstehende nächste Verlängerung dieses Arrangements einzusetzen.

Die sich kontinuierlich verstärkenden Spannungen zwischen Russland und den westlichen Ratsmitgliedern dürften hier zwar eine erneute Lösungsfindung stark erschweren. Die Schweiz hätte aufgrund ihres aussenpolitischen Profils allerdings die bestmöglichen Voraussetzungen, um auch unter derart erschwerten Bedingungen dazu beizutragen, dass der humanitäre Zugang in Syrien auch für die nächsten zwei Jahre sichergestellt bleibt. Vor diesem Hintergrund könnte die Schweiz zum Beispiel das noch bis Ende 2022 von Norwegen und Irland innegehabte co-penholder-ship, also das thematische Lead des Syriendossiers anstreben.

3. Klimasicherheit angehen

Der Klimawandel und dessen Folgen für die internationale Sicherheit sind als Themenkomplex unlängst auch in den Sicherheitsrat gelangt. Erstmals wurde das Thema 2007 im Rahmen einer offenen Debatte auf Ministerebene aufgegriffen. Das Engagement des Sicherheitsrates in diesem Bereich hat seither angehalten und in den letzten rund vier Jahren erheblich zugenommen. So haben zum Beispiel seit 2018 mehr Treffen zum Thema stattgefunden als in den 11 Jahren zuvor. Des Weiteren nimmt der Sicherheitsrat in seinen Entscheiden zunehmend Formulierungen zum Thema der Klimasicherheit auf. Klimasicherheitsspezifische Klauseln wurden zum Beispiel in die Mandate bestimmter UNO-Missionen aufgenommen, darunter der UNSOM in Somalia, der UNAMI im Irak, der MINUSMA in Mali, der MONUSCO in der Demokratischen Republik Kongo, der UNMISS im Südsudan sowie der UNOWAS in Westafrika und der Sahel-Region.

Dies ist mitunter einer gewissen Anzahl nichtständiger Sicherheitsratsmitglieder zu verdanken. So hatte sich zum

Beispiel Schweden während seiner Mitgliedschaft 2017 und 2018 unter anderem auch auf Klimasicherheit konzentriert. Deutschland knüpfte 2019 und 2020 daran an und nahm Klimasicherheit ebenfalls in seine thematische Prioritätenliste auf. Jüngst haben sich auch Irland und Norwegen, beide bis Ende 2022 Ratsmitglieder, stark für dieses Thema engagiert.

Russland und China blockieren

Doch nicht alle Ratsmitglieder stehen diesen Entwicklungen positiv gegenüber. Unter anderem die beiden ständigen Mitglieder Russland und China wie jüngst die beiden nichtständigen Ratsmitglieder Indien und Brasilien stören sich grundsätzlich daran, dass Frieden und Sicherheit mit Klimawandel in Verbindung gebracht wird. Diese Länder argumentieren, dass es keine klare wissenschaftliche Evidenzbasis gäbe, welche eine entsprechende Kausalität hinreichend belegt. Entsprechend halten sie den Sicherheitsrat nicht für das richtige Gremium im UNO-System, um Klimawandel zu diskutieren.

So ist der Sicherheitsrat vor allem wegen China und Russland bisher nicht dazu imstande gewesen, eine thematische Resolution zur Klimasicherheit zu verabschieden. Zuletzt verhinderte ein russisches Veto eine von Irland und dem Niger vorgeschlagene thematische Resolution im Dezember 2021. Die Tatsache, dass 113 UNO-Mitgliedstaaten Co-Sponsoren dieser Resolution waren, macht jedoch deutlich, wie viel politische Unterstützung dieser Themenkomplex gegenwärtig geniesst. Weiter unterstützen die westlichen P5-Mitglieder, also die USA, das Vereinigte Königreich und Frankreich (auch P3 für permanent three genannt) inzwischen eine verstärkte Auseinandersetzung des Rates mit Klimasicherheit mehr oder weniger aktiv.

Raum für Kooperationen

All dies weist darauf hin, dass der Themenkomplex Klimasicherheit gegenwärtig über relativ breite Unterstützung zu verfügen scheint. Zudem könnte die Schweiz auch in diesem Bereich daran anknüpfen, was unter anderem Schweden, Deutschland sowie jüngst Irland und Norwegen im Rat erreichen konnten. Weiter ist die Schweiz gut positioniert, um ihre Expertise, zum Beispiel bezüglich des Abfederns von klimabedingten Risiken, einzubringen. Bern setzt sich zudem schon seit längerem

im Rahmen verschiedener UNO-Diskussionsforen mit Klimasicherheit auseinander.

So ist die Schweiz ein aktives Mitglied des Group of Friends on Climate and Security, einer 2018 gegründeten und aus 58 UNO-Mitgliedstaaten bestehenden Ländergruppe. Die Schweiz verfügt in diesem Bereich somit nicht nur über relevantes Fachwissen, sondern auch über internationale Glaubwürdigkeit, beides wichtige Grundvoraussetzungen, um sich effektiv einzubringen und einen Themenbereich im Rat erfolgreich vorantreiben zu können. Weiter lässt sich bereits jetzt erkennen, dass die Konstellation im Rat 2023 und 2024 im Bereich der Klimasicherheit Raum für Kooperation mit anderen Ratsmitgliedern bieten wird. Malta hat beispielsweise bekannt gegeben, sich ebenfalls auf klimanahe Themen konzentrieren zu wollen. Anders als unter der Regierung von Donald Trump unterstützen die USA unter Joe Biden tendenziell wieder das Thematisieren der Klimasicherheit im Sicherheitsrat. Eine allfällig neue US-Regierung würde erst 2025 nach der Schweizer Sicherheitsratsmitgliedschaft antreten.

Sensibilisierungsarbeit leisten

Die beiden anderen der fünf ständigen Mitglieder, Frankreich und das Vereinigte Königreich, befürworten ihrerseits eine umfassende Berücksichtigung des Klimawandels im Rat. Dagegen wird Indien, welches sich neben Russland, China und Brasilien jüngst am vehementesten gegen eine umfassendere Aufnahme der Klimasicherheit in die Agenda des Rates ausgesprochen hat, Ende 2022 aus dem Rat scheiden. Zusätzlich dürfte sich die Abwahl Jair Bolsonaro in Brasilien, welches noch bis und mit 2023 im Sicherheitsrat sein wird, zumindest mildernd auf die brasilianische Opposition auswirken. Der neu gewählte brasilianische Präsident, Luiz Inácio Lula da Silva, ist für eine progressivere nationale und internationale Klimapolitik bekannt.

Ungeachtet dieser Entwicklungen dürfte es aufgrund des chinesischen und russischen Widerstands für die Schweiz dennoch schwierig werden, eine thematische Resolution zur Klimasicherheit, wie 2021 von Irland und Niger bereits erfolglos vorgeschlagen, durchzubringen. Für die Schweiz dürfte es entsprechend eher darum gehen, das Thema der Klimasicherheit weiter auf der Ratsagenda zu etablieren und auf dem bereits Erreichten aufbauend schritt-

weise Fortschritte zu ermöglichen. Dazu gehört zum Beispiel der Einsatz dafür, dass Klimasicherheitsklauseln in die verschiedenen Produkte des Rates aufgenommen werden, einschliesslich der Mandaterneuerungen von UNO-Friedensmissionen. Weiter könnte die Schweiz durch die Organisation von thematischen Treffen zur Klimasicherheit Sensibilisierungsarbeit leisten.

4. Effizienz steigern

Aufgrund seiner seit mehr als einem halben Jahrhundert unverändert gebliebenen Zusammensetzung mit fünf ständigen und zehn nichtständigen Mitgliedern wird der Sicherheitsrat vielerorts als nicht mehr zeitgemäss und entsprechend wenig repräsentativ für die gegenwärtige Staatengemeinschaft wahrgenommen. Weiter hat die Vormachtstellung der P5 dazu geführt, dass der Rat vielerorts als intransparent, ineffizient und als nicht partizipativ sowie rechenschaftspflichtig genug kritisiert wird. Entsprechend fordern seit längerer Zeit nicht nur unabhängige Beobachterinnen und Beobachter, sondern vermehrt auch eine immer grössere und zusehends lauter werdende Anzahl UNO-Mitgliedstaaten Reformen des Rates.

Reformbestrebungen hinsichtlich des Sicherheitsrates gehen im Wesentlichen in zwei Richtungen. In einem ersten Bereich versuchen Vorschläge hauptsächlich, den Rat zu erweitern und so seine Repräsentativität zu erhöhen. Reformbestrebungen im zweiten Bereich setzen bei den Arbeitsmethoden des Rates an, wo es unter anderem darum geht, die Beteiligung von Staaten, die nicht Ratsmitglieder sind, zu fördern, die Rechenschaftspflicht des Rates gegenüber allen UNO-Mitgliedstaaten zu erhöhen und die Transparenz sowie die Effizienz seiner Arbeit zu verbessern.

Reformen der UNO blockiert, Fortschritte bei den Arbeitsmethoden

Reformen durch eine Erweiterung des Rates sind aufgrund stark divergierender Präferenzen unter den verschiedenen UNO-Mitgliedstaaten schon seit längerem blockiert und gelten gegenwärtig als festgefahren. Anders sieht es im Bereich der Arbeitsmethoden aus. Hier konnte über die Jahre trotz des Widerstands der ständigen Ratsmitglieder, allen voran Russland, China und der USA, zumin-

Fortsetzung Seite 7



Klarer Fall von unterlassener Hilfeleistung

Seit Mitte Oktober greift Russland die zivile Infrastruktur der Ukraine mit Raketen und Drohnen an, um die lebensnotwendigen Einrichtungen des Landes zu zerstören und damit den Widerstandswillen der Bevölkerung zu brechen. Die flächendeckenden Angriffe auf das Strom- und Wassernetz der gesamten Ukraine ist reiner Terror, die Menschen sollen im beginnenden Kriegswinter höllisch frieren, im Dunkeln dahinvegetieren, verdursten. Wie seit Beginn des Krieges kümmert es Putin kein bisschen, sämtliche nur denkbaren völkerrechtlichen Vereinbarungen einfach zu ignorieren, denn insbesondere der Terror gegen die Zivilbevölkerung ist in einem Krieg strikt verboten.

Schon wieder Hilfesuch abgelehnt

In dieser Situation hat der Bundesrat am 3. November bereits zum zweiten Mal (erstmal im Juni) das Gesuch der Bundesrepublik Deutschland aus mehr als fadenscheinigen Gründen abgelehnt, in dem Deutschland darum ersuchte, aus der Schweiz gelieferte 35-mm-Munition für Gepard-Flugzeugabwehrpanzer in der Ukraine zu verwenden, nachdem Berlin solche geliefert hat, um das angegriffene Land in seinem verzweiferten Abwehrkampf gegen die verheerenden Luftangriffe zu unterstützen. Dabei geht es um lächerliche 12'400 Patronen für

diese reinen Defensivwaffen zum Schutz vor Raketen und Drohnen.

Die Regierung beruft sich dabei auf das Neutralitätsrecht, das angeblich Teil des Völkergewohnheitsrechts sei: «Aufgrund des neutralitätsrechtlichen Gleichbehandlungsgebots kann die Schweiz einer Anfrage um Weitergabe von Kriegsmaterial mit Schweizer Ursprung an die Ukraine nicht zustimmen, solange diese in einen internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt ist.» Zudem würden die Bewilligungskriterien des Kriegsmaterialgesetzes verbieten, geliefertes Material weiterzugeben (dafür wird eine Nichtwiederausfuhrerklärung von belieferten Ländern verlangt).

Obsoleter Haager Konvention von 1907

Das ist unglaublich zynisch. Denn gleichzeitig ist Katar dieses Jahr mit über 200 Millionen Franken der grösste Abnehmer von Schweizer Kriegsmaterial – und zwar von Luftabwehrsystemen der Rheinmetall Air Defense wie von Munition für deren Kampfjets. Zudem wird seit vielen Jahren Saudi-Arabien für Hunderte von Millionen Franken mit Kriegsmaterial beliefert, ebenfalls für Luftabwehrsysteme und deren Munition. Beide Länder sind seit vielen Jahren in den Krieg gegen den Jemen involviert.

Die Haager Neutralitätskonvention von 1907, auf die sich die Schweiz im-

mer noch bezieht, spielt längst keine völkerrechtliche Rolle mehr, schon gar nicht das Gleichbehandlungsgebot, auf das sich der Bundesrat abstützt. Dazu schreibt Marco Jorio, der frühere Chefredaktor des «Historischen Lexikons der Schweiz» und Verfasser einer bald erscheinenden Neutralitätsgeschichte, in der NZZ (25.11.2022) dazu:

«Seit dem Beitritt zur Uno im Jahre 2002 ist das Gleichbehandlungsgebot vollends obsolet. Wie beim Völkerbund ist in der Uno-Charta ein Gewaltverbot verankert (Art. 2). Es gibt kein Recht mehr auf Krieg. Nur das Opfer einer Aggression hat ein «naturegebenes Recht» auf gewaltsamen Widerstand (Art. 51). Das hat man in Bern sehr wohl schon vor dem Uno-Beitritt registriert, aber offenbar inzwischen vergessen. Bereits im Uno-Bericht vom 16. Juni 1969 stellte der Bundesrat fest, dass «die Kriegsparteien nicht mehr Anspruch auf paritätische Behandlung erheben dürfen» und Neutralität «praktisch auf eine Begünstigung des Rechtsbrechers hinauslaufen müsste».

Und nun ist es wieder da, das Gleichbehandlungsgebot! Vor allem aber schadet es der Reputation der Schweiz und ihrer Neutralität. Wie 1935 unterstützt das Waffenausfuhrverbot primär den übermächtigen Aggressor, der keine Waffenhilfe braucht. Und das ist ja nun wirklich nicht der Sinn der Neutralität. Es ist daher höchste Zeit, dass der Bundesrat das Gleichbehandlungsgebot aus dem Haager Abkommen endgültig beseitigt. Aber ebenso wichtig ist, dass das Parlament schnellstmöglich das von ihm geschaffene Problem mit dem absoluten Waffenausfuhrverbot und dem damit zusammenhängenden Wiederausfuhrverbot gegenüber Drittländern löst.

Wenn der Bundesrat wieder das Recht zurückbekommt, Waffengeschäfte für Aggressionsopfer zu bewilligen, muss er künftig zwar entscheiden, wer Opfer und wer Aggressor ist. Und da kann er sich nicht gemäss heutiger Neutralitätskonzeption hinter einem formaljuristisch einwandfreien Entscheid des Sicherheitsrats verstecken. (...) Die Neutralitätspolitik vom Veto eines Aggressors oder einer obsoleten, über 100-jährigen Bestimmung abhängig zu machen, ist der Schweiz unwürdig und liegt letztlich auch nicht in ihrem Interesse.»

Beim Entscheid des Bundesrates handelt es sich demzufolge um einen Fall unterlassener Hilfeleistung gegenüber einer terrorisierten Zivilbevölkerung.

Peter Weishaupt

dest inkrementelle Fortschritte erzielt werden. So können nun zum Beispiel künftige Ratsmitglieder drei Monate vor ihrem Mandatsbeginn an allen Ratssitzungen teilnehmen, um sich so effizienter auf ihre Einsitznahme vorzubereiten. Zudem wurden Fortschritte bezüglich der Transparenz der Arbeiten des Rates erzielt, etwa indem Ratsmitglieder die restlichen UNO-Mitgliedstaaten in regelmässigen Abständen über die Arbeiten des Rates informieren. Weiter wurde das Wahlverfahren des UNO-Generalsekretärs (vielleicht zukünftig auch mal einer Generalsekretärin), bei dem der Sicherheitsrat der Generalversammlung KandidatInnen zur Wahl vorschlägt, transparenter gestaltet.

Dieser von uns leicht gekürzte und mit Untertiteln versehene Beitrag erscheint Anfang Dezember im **Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik 2022**, herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Wir danken dem Autor **Fabien Merz**, Senior Researcher beim CSS, für die Abdruckgenehmigung.

Abonnieren Sie den Newsletter des SFR

Seit einiger Zeit versenden wir unseren elektronischen Newsletter an interessierte Abonentinnen und Abonnenten, uns nahestehende Organisationen sowie Medien. Er erscheint viermal im Jahr, jeweils kurz vor der neuen **FRIEDENSZEITUNG**. Neben einem Hinweis auf Schwerpunkte der aktuellen Ausgabe machen wir auch auf interessante Veranstaltungen und Themen, die uns wichtig sind, aufmerksam. Der Newsletter hat ein gutes Echo gefunden. Wir würden ihn gerne allen Interessierten zustellen. Wenn Sie ihn künftig erhalten möchten, melden Sie uns doch Ihre E-Mail-Adresse. Sie wird garantiert nur für den Newsletter und nur alle drei Monate verwendet, damit Sie sich auf die neueste Ausgabe der **FRIEDENSZEITUNG** freuen können. *Bestellungen an info@friedensrat.ch.*

Die Kolumne von Marionna Schlatter

Über eine unheilige Allianz, Kooperationen und Neutralität

Wie gottgegeben treiben die Bürgerlichen die Aufrüstung der Armee voran. Möglichst rasch soll das zusätzliche Geld ausgegeben werden, ohne eine grundsätzliche Strategie, wofür. Die SVP und die FDP arbeiten dabei in einer unheiligen Allianz zusammen. Unheilig deshalb, weil Mehrheiten geschaffen werden für ein Ziel ohne dieselbe Absicht.

Die SVP rechtfertigt die Aufrüstung damit, dass die Schweiz sich in einem Krisenfall autonom verteidigen sollte. Dazu soll auch die einheimische Rüstungsindustrie ausgebaut werden. Wie die SVP für ihre Wählerschaft die immer gleiche Mär aufrechterhalten kann, dass die Schweiz sich in einem Bedrohungsfall eigenständig militärisch verteidigen könnte, so wie sie es angeblich im Zweiten Weltkrieg getan hat, bleibt mir schleierhaft. Die kleine, wehrhafte Schweiz, die vollständig abhängig ist von fossilen Energieträgern und Lebensmitteln und anderen essenziellen Gütern aus dem Ausland?

Auf der anderen Seite die FDP, betont militärisch-progressiv. Dasselbe Ziel: Eine massive Aufrüstung, materiell und personell, dazu ein Aushebeln von Kriegsmaterial-Exporteinschränkungen und eine weitere Annäherung an die Nato. Es ist ein offenes Geheimnis, dass auch ein Beitritt zur Nato kein Tabu ist, aber da kaum mehrheitsfähig, spricht man lieber über die «vollständige Interoperabilität». Der fast gebetsmühlenartig wiederholte «Beitrag an die europäische Sicherheit» besteht aus einem militärischen Aufrüsten und einem Bereitsein für den Beitritt zur Nato, sobald die Bevölkerung «so weit» ist.

Die beiden Parteien verfolgen völlig unterschiedliche Grundsätze und trotzdem dasselbe Ziel. Das Erstaunliche dabei ist, dass die unterschiedlichen Konzeptionen doch zu völlig anderen Schlüssen führen müssten: Geht man von militärischer Kooperation aus, müsste die Aufrüstung kompetenzorientiert geschehen (welche Kompetenzen bringt man einem militärischen



Verbund, welche Kompetenzen lässt man andere übernehmen. Diese dringend nötige Diskussion aber wird tunlichst vermieden, denn das liesse die Allianz auseinanderbrechen – am Verständnis der Neutralität.

Die Hoheit über die Definition von Neutralität – und das Füllen des Begriffs mit Inhalten und dann auch mit politischen Handlungen, das darf und sollte nicht aus der Defensive passieren. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass wir Deutungshoheit nicht denjenigen überlassen sollten, die über die finanziellen Mittel und Interessen verfügen, dazu Initiativen zu lancieren.

Für mich ist die militärische Neutralität ein strategisches Mittel, um den Teufelskreis der Aufrüstung und Abschreckung zu brechen. Sie ist nicht nur ein Privileg guter Zeiten, sondern auch Ausdruck der Wahl von Worten statt Waffen. Die Neutralität ist eine Verpflichtung, gute Beziehungen mit anderen Ländern zu pflegen. Die Neutralität ist keine Rechtfertigung für mutloses Handeln, sondern Ermächtigung, sich auf die Seite des universellen Völkerrechts zu stellen.

Marionna Schlatter ist Nationalrätin der Zürcher Grünen und Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates.

Nazis, Nylon und Napalm

Woher stammt Christoph Blochers Firmenimperium, die Ems-Chemie im bündnerischen Domat/Ems, das er 1983 vom Firmengründer Werner Oswald übernommen hatte und nach seiner Wahl in den Bundesrat am 10. Dezember 2003 an seine vier Kinder verkaufte und das seither von seiner Tochter Magdalena geleitet wird? Die Historikerin Regula Bochsler hat über die 1936 unter dem Namen Holzverzuckerungs AG (Hovag) gegründete Firma von ihren Anfängen bis zu Blochers Übernahme eine umfangreiche Firmenbiographie geschrieben: ein spannender Wirtschaftskrimi mit Thrilleranteil.

/ Peter Weishaupt /

Auf den knapp 600 Seiten tummeln sich Geheimdienstler aller Couleur, reihenweise werden ehemalige Nazi-Chemiker, Ingenieure, Wissenschaftler als «Berater» nach Graubünden angeheuert, der Oswald-Clan unterhält ein Netzwerk aus geschäftsfreudigen europäischen Waffenhändlern, Behörden, Militär und

Wirtschaft bilden einen kriegswirtschaftlichen Komplex, der weit über die Kriegsjahre hinaus wirkt, da entwickelt sich aus chemischen Anfängen mit Kunstfasern im Laufe der 1950er-Jahre gar ein veritabler Rüstungsbetrieb.

Die Hovag-Geschichte ist aber vor allem die Geschichte eines kriegswirtschaftlich geschützten Geschäftsmodells weit über das Kriegsende 1945 hinaus. Werner Oswald wurde 1904 als Sohn des Luzerner FDP-Regierungsrats Arthur Oswald, des «Kaisers von Luzern», als zweiter von vier Söhnen geboren – neben ihm sollten Rudolf und Victor in seinem Imperium ebenfalls eine zentrale Rolle spielen. Unter dem «Bauerngeneral» Ernst Laur studierte Werner an der ETH Zürich und wurde Agraringenieur.

Das Emser Wasser als Goldgrube

1933 gründete er die Gesellschaft für Patente und Verwaltungen AG, die *Patvag*, die er später zu einer eigentlichen Rüstungsfirma entwickelte, die u.a. Zündsysteme für alle möglichen Waffen produzierte. Daneben versuchte man sich etwa auch in atomarer Forschung oder Raketenbau und, dies ein weitgehend unbekannter Aspekt der emsigen Firmentätigkeit, es wurde eine eigene Napalm-Variante entwickelt, das «Opalm». 1936 kaufte Oswald im nationalsozialistischen Deutschland über eine Drittperson eine Lizenz zur Verarbeitung von Holz zu Äthylalkohol und gründete dafür die Holzverzuckerungs AG, die Hovag.

Das grosse Geschäft mit der Verarbeitung von Holz machte er aber erst im Zweiten Weltkrieg, als sich in der von den Achsenmächten umgebenen Schweiz das importierte Benzin zunehmend verknappte. Es gelang ihm, in einer Versuchsanlage in Zürich neben seinem Industrialkohol einen Ersatztreibstoff für Autos zu entwickeln, mit dem das Benzin gestreckt wurde, und dies den kriegswirtschaftlichen Behörden beliebt zu machen. Der Volksmund taufte das Gebräu später «Emser Wasser».

Verlängerte Kriegswirtschaft

Mithilfe von erheblichen Geldern des Bundes (von staatlichen Arbeitsbe-

schaffungsbeiträgen gespiesen) sowie des Kantons Graubünden und der Gemeinden der Standortkooperation baute die Hovag in Domat/Ems eine grosse Fabrikationsanlage und stieg damit bis zu 1000 Arbeitskräften zum grössten Arbeitgeber des ländlichen Kantons auf.

Für das ziemlich stinkende «Emser Wasser», das zu 60 Prozent aus Alkohol (aus Holz/Lignin) und zu 40 Prozent aus Methanol bestand, für dessen Produktion es Kohle aus Nazideutschland brauchte, verwendete die Hovag Holzabfälle des ganzen Kantons Graubünden (und später auch solche aus Zukäufen anderer Gegenden). Oswald wollte seinen Ersatzsprit nach Kriegsende, als längst wieder normales Benzin importiert werden konnte, weiter verkaufen – zu einem zehnmal höheren Preis als das Benzin.

Erst nach einem heftigen, erfolgreichen Abstimmungskampf rechtsbürgerlicher Wirtschaftskreise (das Redressement National und die FDP) gegen den auch vom Bauernverband, der Landwirtschaft und vom Gewerkschaftsbund verteidigten halbstaatlichen Betrieb fand am 13. Mai 1956 die Subventionierung der Hovag ein Ende. Werner Oswald hatte damit gedroht, den Betrieb schliessen zu müssen, wenn er nicht weiter vom Bund alimentiert werde. Nach der verlorenen Abstimmung stellte sich rasch heraus, dass die Hovag keineswegs vor dem Ruin stand, sondern gegenüber den Behörden mit falschen Zahlen operiert und so Subventionen eingeheimst hatte.

Vom Nylon zum Perlon zum Grilon

Werner Oswald hatte seine Hovag jedoch schon viel früher abgesichert und nach Alternativen für die Spritproduktion gesucht. Durch seine ausgezeichneten Kontakte in Deutschland sicherte er sich ab 1947 leitende Chemiker der berühmten I.G.-Farben in Leuna (siehe dazu Kasten Seite 14: Johann Giesen). Viele dieser Ex-Nazis wurden unter freundlicher Mithilfe der Behörden bei den Aufenthaltsbewilligungen angeheuert (u.a. durch Robert Grimm, den einstigen Arbeiterführer des Generalstreiks 1918, der von 1943 bis 1953 eine vom Bund eingesetzte Überwachungskommission bei der Hovag mehr schlecht als recht präsidierte).



Regula Bochsler: **Nylon und Napalm**. Die Geschäfte der Emser Werke und ihres Gründers Werner Oswald. Herausgegeben vom Institut für Kulturforschung Graubünden. Hier und Jetzt Verlag, Zürich 2022, 592 Seiten, Fr. 49.–, e-Book Fr. 49.–.



2001 wurde der Empfangs-, Wahrheits- und Versöhnungskommission von Osttimor (CAVR), – gegründet 2000 von den Vereinten Nationen und der Regierung Osttimors, um die Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren, die während der 24 Jahre dauernden indonesischen Besetzung begangen wurden –, ein Propagandafilm der indonesischen Streitkräfte zugespielt, der zeigt, wie Soldaten während der Operation Seroja (1975–1979), die als grösste humanitäre Tragödie in der Geschichte Osttimors gilt, «auf dem Flughafen von Bacau eindeutig Bomben mit der Aufschrift Opalm in die OV-10 Bronco-Flugzeuge laden». Laut einem Zeugen feuerte das indonesische Militär 1978 zwei Wochen lang jede Nacht Raketen auf mutmassliche Verstecke der Fretilin-Befreiungsbewegung ab: «Die Bäume und das Gras brannten, wenn die Bomben sie trafen, und das Wasser wurde ungeniessbar, weil es mit Gift verseucht war. Viele Zivilisten starben durch das mit Schrapnell verseuchte Wasser und an den Verbrennungen» (aus dem CAVR-Bericht). Bild: Aufnahme aus dem Propagandafilm.

Die I.G.-Farben-Chemiker entwickelten unter dem Namen Grilon – eine Wortmischung aus Graubünden und Nylon – eine Version des deutschen Kunstfaserstoffes Perlone, der chemisch zwar anders aufgebaut ist, aber fast gleichzeitig wie das amerikanische Nylon entdeckt worden war. Die Ex-Nazis waren jedoch nicht nur damit beschäftigt, sondern versuchten auch, die Hovag-Treibstoffe für Flugabwehrraketen zu verwenden, die aufgrund von Plänen, die sie aus der Nazi-Heeresversuchsanstalt Peenemünde, Entwicklerin der legendären V2-Rakete, mitgebracht hatten. Mithilfe des Bundes fanden mehrere Tests mit solchen Kleinraketen statt; ein Kauf durch das Verteidigungsdepartement kam jedoch nicht zustande.

Opalm – ein «verbessertes» Napalm

Mehr Erfolg hatten nach dem Einsatz von Napalm im Koreakrieg Anfang der 1950er-Jahre Versuche zur Herstellung einer eigenen, noch entsetzlicheren Variante des von den Amerikanern entwickelten militärischen Brandbeschleunigers, die in Ems durch die Hovag unter dem Namen Opalm entwickelt wurde.

Weil Exportgenehmigungen dafür nicht erhältlich waren und deshalb hintergangen werden mussten, wurde das Opalm in Deutschland produziert und von dort vertrieben. 1952 beteiligte sich das Eidgenössische Militärdepartement an mehreren Tests mit Opalm-Bomben in Thun. Weil Opalm jedoch dreimal so teuer war wie amerikanisches Napalm, entschied sich der Bundesrat 1954 gegen den Kauf des Emser Napalms. Wie das Opalm, das u.a. Anwendung gefunden hat im Krieg des ägyptischen Präsidenten Nasser gegen jemenitische Bergdörfer in den 1960er-Jahren, durch die Militärjunta Burmas gegen aufständische Minderheiten in den 1950er-Jahren und durch die indonesische Luftwaffe in Osttimor in den 1970er- und 1980er-Jahren, trotzdem in der Welt vertrieben werden konnte, schildern die Auszüge aus dem Buch auf den nachfolgenden Seiten.

Kein Zugriff aufs Firmenarchiv

Regula Bochsler hat ein umfangreiches Material verarbeitet, das sie in 45 in- und ausländischen Archiven (Hauptquelle: das Schweizerische Bundesarchiv) zusammengetragen hat. Auf hartes Granit

stiess sie dabei bei den heutigen Emser Werken, denn SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher verweigerte ihr jeglichen Zugang zum Firmenarchiv. Die seinerzeitige Bergier-Kommission zur Erforschung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg habe es bereits gesichtet, weshalb eine Archivrecherche keine neuen Erkenntnisse bringen würde. Dabei hatte die Kommission lediglich die Zeit des Zweiten Weltkrieges im Fokus, während Bochsler vor allem die Nachkriegsgeschäfte der Emser beleuchten wollte.

Werner Oswald starb 1979. Seine Holding soll damals mit Immobilien und Land rund eine halbe Milliarde Franken wert gewesen sein. Von 1941 bis 1956 hatte der Bund etwa 170 Millionen Franken – entspricht heute gegen einer Milliarde Franken – eingeschossen. Der damalige Hovag-Verwaltungsrat Christoph Blocher, der von den Erben Oswalds beauftragt wurde, einen Käufer für das Familien-Aktienpaket zu finden, griff 1983 selber zu, übernahm für 20 Millionen den Betrieb und konnte damit sein eigenes Imperium aufbauen. Diese Geschichte harret ebenfalls noch der Aufarbeitung.

Opalm übertrifft Napalm

Im Folgenden bringen wir Auszüge aus dem Buch «Nylon und Napalm», in der Regula Bochsler die bisher kaum bekannte Geschichte des Brandbeschleuniger-Derivates Opalm aus der Küche der Emser *Hovag* nach dem Koreakrieg Anfang der 1950er-Jahre recherchierte. Die Zwischentitel stammen von der Redaktion.

/ Regula Bochsler /

1. Die Zivilschutzübung

Halb Luzern ist während der feuchtkalten Nacht vom 25. auf den 26. November 1954 auf den Beinen. Der freie Westen ist überraschend angegriffen worden, und dieses Mal bleibt die Schweiz nicht verschont. Um 19.10 Uhr regnet es die ersten Bomben. Die Innenstadt steht in Flammen. Es gelingt den zivilen Organisationen, die Brandherde mehr oder weniger unter Kontrolle zu bringen, doch zwischen 3.30 und 3.50 Uhr setzt das zweite Bombardement ein – und mit ihm die erste umfassende Luftschutzübung, bei der die Zusammenarbeit von Luftschutztruppen und zivilen Organisationen erprobt wird.

Ortschef Major Schwegler schickt im tanzenden Licht von «Bengalfeuern» 400 Soldaten des Bataillon 3 und 800 Zivilisten in den Einsatz. «Recht drastisch wird um diese Zeit die Bombardierung durch das Abfeuern von Petarden und Raketen sowie durch mehrere grosse Feuer markiert», schreibt am nächsten Tag der *Tat*-Reporter, der die Übung vor Ort verfolgt. (...) Samaritervereine richten Sammelstellen für Obdachlose ein und verarzten 160 Schulkinder, die von kundigen Händen in Bombenopfer verwandelt wurden. «Die Verwundungen werden recht plastisch gezeigt, so plastisch, dass die eine oder andere Samariterin noch etwas blasser geworden ist», stellt der Reporter mit männlichem Dünkel fest. Kurz nach vier Uhr rücken die zivilen Dienste aus. «Beim Schwanenplatz und an der Töpferstrasse ist die Feuerwehr in Aktion. Am Reussteg ist eine Equipe des Elektrizitätswerks daran, neue Kabel zu legen. Am

Schwanenplatz werden Schienenstränge eingeschweisst und die Fahrleitung aufgehängt.»

Nur ein paar Armeeangehörige wissen, dass in dieser denkwürdigen Nacht auf mehreren Plätzen der Luzerner Altstadt, neben Wohnhäusern und ahnungslosen Zivilistinnen und Zivilisten, auch ein von der *Hovag* entwickeltes Brandkampfmittel mit dem Markennamen Opalm abgebrannt wird. «Der knisternde, in den nächtlichen Gassen widerhallende Abbrand des Opalm», stellt der Sektionschef des Luftschutzes zufrieden fest, lasse «im Verein mit Rauchkörpern, Brandbomben und anderem pyrotechnischem Material an drastischer Wirkung nichts zu wünschen übrig.»

Die Presse stellt der Übung ein gutes Zeugnis aus. «Allgemein kam zum Ausdruck, dass die zivilen Formationen mit viel Hingabe und Einsatz arbeiteten und ihre Aufgaben recht geschickt in Angriff nahmen, dass aber noch viel zu tun übrigbleibt, soll unser Zivilschutz wirklich kriegsgenügend werden», urteilen die *Freiburger Nachrichten*. «Die lehrreiche und interessante Übung, die von zahlreichen hohen Offizieren und Zivilschutzchefs aller Landesteile besucht wurde, fand mit dem Einsetzen des Morgenverkehrs nach sieben Uhr ihren Abschluss.» Die leeren Bidons, in denen das Emser Napalm geliefert worden ist, werden noch am selben Tag plombiert und nach Domat/Ems zurückgeschickt.

2. Napalm im Koreakrieg

Napalm, eine Erfindung des amerikanischen Chemikers Louis Fieser, besteht aus Benzin und Aluminiumseife und verdankt seinen Namen den Wirkstoffen Naphten- und Palmitinsäure. Napalm-Gallerte, ein klebriges, dickflüssiges Gel, verbrennt unter sehr hohen Temperaturen und eignet sich als Füllung für Bomben und Flammenwerfer. Die amerikanischen Streitkräfte setzten es bereits im Zweiten Weltkrieg in Deutschland und im Südpazifik ein; im griechischen Bürgerkrieg (1946–1949) verwendeten es die Regierungstruppen gegen die kommunistischen Aufständischen.

Doch erst im Koreakrieg, als Napalm laut der *New York Herald Tribune* zur «Waffe Nummer eins» wurde, drang es ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit. Dass dieser Krieg von 1950 bis 1953 vier Millionen Menschenleben – eine Million Soldaten und drei Millionen Zivilpersonen – forderte und ein völlig zerstörtes Land hinterliess, war in erster Linie dem Napalm geschuldet. Zu Beginn des Kriegs erklärte der Oberkommandierende der US Air Force: «Von jetzt ab werden wir in Korea unsere Flugzeuge 24 Stunden lang im Tag einsetzen.» In drei Jahren fielen 32'357 Tonnen Napalm auf die koreanische Halbinsel und verkohlten Städte, Dörfer und ganze Landstriche samt den Menschen, die dort lebten.

Im Juli 1950 berichtet die *Tat* als erste Schweizer Zeitung über ein «neues Mittel», das in Korea im Panzerkampf zum Einsatz komme. «Anstatt von Flugzeugen aus Bomben gegen die Panzer zu schleudern, lassen die amerikanischen Flugzeuge um das anvisierte Ziel mit «Gasolin-Gelee» gefüllte Bomben fallen. Die Füllung wird als «Napalm» bezeichnet. Auf diese Weise wird der feindliche Tank von einem Feuerkreis umgeben, so dass er schliesslich versengt wird.»

Wenig später erklärt die NZZ in der Technikbeilage, im Vergleich zu herkömmlichen Sprengstoffen sei Napalm «sehr vorteilhaft». Man könne grosse Mengen «in relativ sehr kurzer Zeit» herstellen, die Produktion sei «auf jedem Flugplatz mit primitiven Mitteln» möglich. Auch die «Wirkung gegen bestimmte Ziele» überzeuge. Eine 200-Liter-Bombe genüge, «um über eine Kreisfläche von ungefähr 60–80 m Durchmesser eine solche Hitze zu erzeugen, die für einen Soldaten mit gewöhnlicher Kleidung unerträglich ist».

Es vergeht fast ein Jahr, bis die Zeitungen erstmals über zivile Opfer berichten. «Die Napalm-Bombe – eine fürchterliche Waffe» überschreibt die *Tat* den Augenzeugenbericht eines United-Press-Korrespondenten. «Sobald ein Gegenstand getroffen wird, bricht Feuer aus, das Temperaturen zwischen 1500 und 2000 Grad Celsius entwickelt. In we-

nigen Sekunden haben sich die Flammen auf alles Erreichbare ausgebreitet. Da das Feuer den Sauerstoff in der unmittelbaren Umgebung der Aufschlagstelle verbraucht, ist jedes Opfer – abgesehen von den Verbrennungen – auch der Gefahr des Erstickens ausgesetzt.

Da Napalm von gallertartiger Konsistenz ist, bleibt es an allem haften. Seine Opfer werden meist in der Körperstellung getötet, in der sie von der Masse getroffen werden. Manchmal werden sie erstickt aufgefunden, ohne dass irgendwelche Brandwunden festzustellen sind. Die Wirkung der Napalm-Bombe wird dadurch wesentlich erhöht, dass unbedingte Treffsicherheit bei dem Abwurf nicht erforderlich ist. Wenn die Bombe wenige Meter von einem Panzer aufschlägt, erstickt die Besatzung, ehe sie sich ins Freie retten kann. Eine Napalm-Bombe bedeckt eine Fläche von fast 2000 Metern im Quadrat mit ihren sengenden Flammen und vernichtet alles Lebende in ihrem Bereich.»

3. Die Hovag und das Opalm

Unter dem Eindruck des Koreakriegs unterbreitet der Bundesrat dem Parlament ein Rüstungsprogramm von 1,5 Milliarden Franken. «Niemand kann sagen, ob der in Korea ausgebrochene Krieg auf den Fernen Osten beschränkt bleiben wird oder ob er sich ausweiten und auch auf Europa übergreifen wird», heisst es in der Botschaft. «Um so notwendiger ist es für uns, gerüstet zu sein.» Die internationale Lage habe sich «derart verschlimmert», dass die Schweiz «ohne Verzug» aufrüsten müsse.

Das Rüstungsprogramm wird mit überwältigender Mehrheit verabschiedet, die sieben Nationalräte der kommunistischen Partei der Arbeit, die dagegen stimmen, werden ausgepöfien. Einig ist man sich auch, dass einheimische Waffenproduzenten gebührend zum Zug kommen sollen. Ständerat und Hovag-Verwaltungsrat Erich Ullmann fordert eine Kommission, die darüber wacht, «dass die grossen Fabriken nicht alles wegschnappen, sondern dass seriöse kleinere Firmen auch zum Handkuss kommen».

Für Werner Oswald* bringt der enorme Rüstungskredit unternehmerische Chancen. Das militärische Interesse an Napalm ist gross, und für ein Chemie-

* Gründer der Hovag in Domat/Ems, siehe die Seiten 14/15.



Eidgenössisches Militärdepartement (Schweizerisches Bundesarchiv)

werk ist die Herstellung ein Kinderspiel. Statt Benzin kann «Emser Wasser» verwendet werden, und falls es der Hovag gelingt, Phenol aus Lignin zu gewinnen, kann sie auch das Phenolderivat Xylenol herstellen, das die Amerikaner dem Napalm beimischen. Forschungsleiter Schultze vermutet sogar Synergien mit der Calanda SA, «schliesslich hätte man derartige Brandmunition auch mit Raketen versprühen können».

Oswald ist einer der ersten Schweizer, der die neue Wunderwaffe zu Gesicht bekommt. Im Februar 1951, in derselben Woche, als die Botschaft zum Rüstungsprogramm veröffentlicht wird, trifft auf dem Militärflughafen Dübendorf das erste Napalm-Muster aus den USA ein. Ein Kilogramm des Granulats geht an die Eidgenössische Materialprüfungs-

anstalt (EMPA), je zehn Kilogramm an die Kriegstechnische Abteilung (K.T.A.) und die Hovag. Auch als die Ferro Corporation, einer der drei grossen amerikanischen Napalm-Produzenten, wenig später ein Muster liefert, wird die Hälfte «per Express» nach Ems geschickt.

Sie bietet an, Napalm «vom besten und neuesten Typ zu liefern oder in der Schweiz eine schlüsselfertige Anlage zu erstellen. Die US-Regierung unterstützt ihre Industrie, indem sie Dokumentar- und Instruktionsfilme über Napalm-Bomben zur Verfügung stellt, Experten zur «Befragung und Diskussion» in die Schweiz schickt und eine EMD-Delegation zu einem Treffen «mit Leuten mit Kampferfahrung» auf einen Luftwaf-

Fortsetzung Seite 12

fenstützpunkt in Deutschland einlädt. Auch aus Holland und Frankreich, wo nationale Varianten von Napalm produziert werden, treffen Muster und Offer-ten ein. Oswald muss sein eigenes Napalm-Projekt also zügig vorantreiben.

Im Herbst 1951, ein halbes Jahr nach der ersten amerikanischen Mustersendung, bittet die K.T.A. um Auskunft über das «Quellverhalten» von «Opalm-Verdicker». Es ist das erste Mal, dass in den Akten des EMD der Markenname des Emser Napalms auftaucht. Mit Albert Schnider und Kaspar Ryffel sind zwar zwei Schweizer Chemiker mit der Entwicklung betraut, doch die Bezeichnung und die chemische Zusammensetzung verraten deutschen Einfluss: Grundstoff ist das Kunststoffpolymer Polyisobuten (PIB), welches das I.G.-Farben-Werk Ludwigshafen-Opau 1938 unter dem Markennamen «Oppanol B» lancierte. Im Zweiten Weltkrieg wurde Oppanol zur Beschichtung von Gasanzügen verwendet, doch das Polymer dient bis heute zur Herstellung einer Vielzahl von Produkten, von Kaugummi über Folien bis zur Ummantelung von Pipelines. Wer in Ems auf die Idee gekommen ist, Oppanol als Verdicker zu verwenden, ist nicht bekannt. Aber weil es sich um ein Kunststoffpolymer handelt, verspricht es Synergien mit der künftigen Grilon-Produktion.

Im Mai 1952 meldet die *Inventa* das Patent «Verfahren zum Verdicken flüssiger Brennstoffe» an. Herkömmliches Napalm, so die Patentschrift, besitze mehrere Nachteile: Die «frisch hergestellte Mischung» müsse «durch Altern ausreifen», sie klumpe leicht, brenne «relativ kurz» und bilde bei der Verbrennung einen harzigen Rückstand, «der die Unterlage teilweise gegen die Einwirkung der Hitze schützt». Opalm sei «weitgehend» frei von diesen Nachteilen, brenne «mehr als 100 Prozent länger» und entwickle grössere «Bodenhitze».

Als Brennstoff, und damit schliesst sich der Kreis zur Emser Holzchemie, nennt die Patentschrift Ligninhydrierungsprodukte und als Zusatz den Brandbeschleuniger Xanthogenat, der ebenfalls aus Holz gewonnen wird. Obwohl die *Hovag* 1953 den weltweiten Patentschutz anmeldet, wird in Ems fleissig weitergeforscht. 1957 wird ein Patent für einen optimierten «Prozess für die Herstellung von verdickten Brennstoffgemischen» angemeldet, das 1962 in Kraft tritt und erst 2019 erloschen ist.

4. Bomben über Jemen

Als der Nahostkorrespondent Richard Beeston im Juni 1963 die Grenze zwischen Saudi-Arabien und dem Jemen überquert, ist er auf dem Weg zum grössten Scoop seiner Karriere. Auf der Ladefläche des klapprigen Pick-ups kauert seine «lächelnde, schurkisch aussehende» Eskorte, barfüssige, mit Karabinern bewaffnete Huthis, die einen Patronengurt quer über die Brust und die Jambiah, den traditionellen Krumdolch, am Gürtel tragen. (...) Auf einer holprigen Piste geht es in Richtung Süden, Richtung Krieg. Manchmal tauchen Ziegen zwischen den Dünen auf und Kinder, die sie hüten. Wenige Kilometer vor der ersten Strassensperre tauschen Beestons Beschützer den Pick-up gegen Maultiere ein, um den Briten in ein Bergdorf zu bringen, das auf keiner Landkarte verzeichnet ist. Drei Tage lang zieht die kleine Karawane durch unwegsames Gelände, vorbei an Terrassen, wo der jemenitische Mokka wächst, und Dörfern aus mehrstöckigen Steinhäusern, die an mittelalterliche Wehrtürme erinnern. Nähert sich das Brummen einer Iljuschin, suchen die Männer Deckung unter knorrigen Bäumen und hinter Felsblöcken.

Es ist Beestons zweite Reise in den jemenitischen Bürgerkrieg. Nach dem Tod des alten Imams im September 1962 putschten in der Hauptstadt Sana'a junge Offiziere, die sich wie ihre ägyptischen Vorbilder «Freie Offiziere» nannten. Der Thronfolger Imam Muhammad al-Badr konnte als Diener verkleidet aus dem Palast flüchten und zog sich ins unwegsame Hochland zurück, wo er die Stämme um sich scharte und den bewaffneten Widerstand organisierte. Doch der Krieg im Jemen ist nicht nur ein Bürgerkrieg, er ist auch ein Stellvertreterkrieg zwischen Präsident Nasser und König Saud, die sich die Führung der arabischen Welt streitig machen:

Während die Könige von Saudi-Arabien und Jordanien Imam al-Badr mit Geld und Waffen versorgen, schickt Nasser Soldaten und Flugzeuge, um die republikanischen Offiziere zu unterstützen. Doch seine militärischen Berater hatten das unwegsame Gelände und die Entschlossenheit der Bergstämme unterschätzt, deshalb ging die ägyptische Luftwaffe bald zum Einsatz von Napalm über. Den westlichen Medien waren die Napalm-Einsätze höchstens eine Randnotiz wert. Die *New York Times* brauchte einen

einzigsten Satz, um zu vermehren, dass in wenigen Monaten mindestens 30, wahrscheinlich aber eher 200 Dörfer mit Napalm bombardiert worden waren.

Auf seiner ersten Reise in den Jemen hat *Daily Telegraph*-Korrespondent Beeston im Hauptquartier des Imams den britischen Parlamentarier Neil «Billy» McLean kennengelernt. Für den strammen Patrioten und ehemaligen Nachrichtendienstoffizier ist der ägyptische Präsident, der sowjetische Militär- und Wirtschaftshilfe bezieht und über das britische Protektorat Aden lästert, ein rotes Tuch. (...) Von ihm hörte Beeston zum ersten Mal von Giftgasangriffen der ägyptischen Luftwaffe auf royalistische Dörfer. Als er im *Daily Telegraph* darüber berichtete, horchte die Welt auf.

Die israelische Ministerpräsidentin Golda Meir sah sich darin bestätigt, dass Ägypten Chemiewaffen produzierte. In der Knesset höhnte sie, wenn Präsident Nasser schon seine Brüder so behandle, könne man nur vermuten, was er «gegen ein Volk einsetzen würde, dessen Vernichtung er jeden Tag fordere». Auch das britische Aussenministerium war alarmiert. Es befürchtete, dass die Sowjetunion «die ägyptische Luftwaffe benutzen könnte, um Experimente mit geheimen neuen Nervengaswaffen an jemenitischen Royalisten durchzuführen». Der Chefredaktor des *Daily Telegraph* witterte die ganz grosse Story und schickte seinen Korrespondenten schleunigst in den Jemen zurück.

Am späten Abend des dritten Tages erreicht die Karawane ihr Ziel, ein paar Steinhäuser «auf der Spitze eines hohen, zerklüfteten Berges». In seinen Memoiren schreibt Beeston über die Ankunft in al-Kawma: «Ich näherte mich dem Dorf spät in der Nacht. Aus mehr als hundert Metern Entfernung konnte ich das Husten der vergasten Dorfbewohner hören, das nicht aufhörte.» Der nächste Tag bestärkt ihn darin, dass Ägypten Giftgas eingesetzt hat, obwohl es die Genfer Konvention gegen chemische Kriegsführung unterzeichnet hat.

«Am Morgen strömten die Dorfbewohner zusammen, flehten mich an, Medikamente und Ärzte zu schicken, um ihren Husten und ihre Blasen zu heilen. Das Gesicht einer Frau war deutlich gelb verfärbt. Eine andere Frau war blind, weil sie sich mit kontaminierten Fingern die Augen gerieben hatte. Einer der am stärksten betroffenen Dorfbewohner, den ich sah, war Mohamad

Nassr, 12 Jahre alt, er hustete ständig und hatte von den Blasen, die vom Gas herrührten, tiefe offene Wunden von der Grösse einer Münze. Die Gasbombe wurde Anfang des letzten Monats am Abend auf das Dorf abgeworfen, und sechs Menschen, darunter Hadia Ras-hid, ein fünfjähriges Mädchen, starben qualvoll innerhalb von vier Tagen. Letzten Montag kam es zum siebten Todesfall. Es war ein Junge von 13 Jahren.»

Der Dorfvorsteher erzählt, «dass die Bombe, als sie fiel, eine braune Rauchwolke abgab und einen «schmutzigen Geruch» hatte. Wir dachten, es sei nur Rauch, weil niemand je Giftgas erlebt hatte», sagte er. «Kurz danach begannen die Leute Blut zu husten. Einige bluteten aus der Nase.» Ein Bewohner ergänzt, «dass ein grosses, aber langsames, tief fliegendes Flugzeug über dem Gebiet kreiste und vor Sonnenuntergang vier Bomben abwarf. Zwei davon explodierten mit geringerer Wucht.»

Zum Beweis präsentiert er die Überreste einer Bombe. Später schreibt Beeston: «Sie bestand aus zwei kreisförmigen Bändern aus Metall, die etwa einen Meter breit waren. In jedes waren 15 Kanister geschraubt, die etwa die Grösse eines Autovergasers hatten. Es war offensichtlich ein kompliziertes Stück Maschinerie, wahrscheinlich jenseits der technischen Fähigkeiten der Ägypter.» Beeson zückt die Kamera. Für ihn ist klar: «Da der russische Block die gesamte militärische Ausrüstung für Ägypten liefert, ist es wahrscheinlich, dass die Bombe in Russland oder Tschechoslowakei hergestellt wurde.»

Am 8. Juli 1963 veröffentlicht der *Daily Telegraph* die Reportage samt Fotos aus al-Kawma auf der Frontseite. «Es hat schon mehrmals Berichte gegeben, dass ägyptische Flugzeuge Gasbomben auf jemenitische Dörfer abgeworfen haben. Aber mein Besuch in al-Kawma hat zum ersten Mal ohne jeden Zweifel bestätigt, dass diese Berichte wahr sind», versichert Beeston den Leserinnen und Lesern. «Präsident Nasser kann nun die Auszeichnung für sich beanspruchen, dass er die erste Person ist, die zur chemischen Kriegsführung greift, seit Mussolini in den Dreissigerjahren Senfgas gegen äthiopische Stammesangehörige einsetzte.»

Der Augenzeugenbericht sorgt weltweit für Schlagzeilen. Jede Zeitung, die etwas auf sich hält, berichtet über die «grauenhaften Enthüllungen» – auch in der Schweiz. Die Angst vor Ägypten



Opalm-Opfer Mohamad Nassr aus al-Kawma (Jemen)

tens Massenvernichtungswaffen, die der Mossad im Frühling schürte, ist nicht vergessen. Das Boulevardblatt *Daily Mirror* versteigt sich gar zur Behauptung, die ägyptische Luftwaffe werfe Gasbomben ab, «um Nazi-Wissenschaftlern, die ihre neusten tödlichen Tricks testen wollten, einen Gefallen zu tun».

Wenige Tage später wird Mohamad Nassr aus al-Kawma ins Londoner Great Ormond Children's Hospital eingeliefert. ««Giftgas-Junge» nimmt es locker», berichtet der *Daily Herald* am nächsten Tag. «Er hat noch nie einen Fernseher, einen Bus, einen Zug oder ein Krankenhaus gesehen.» Für die Behandlungskosten kommt ein Jemen-Hilfskomitee auf, dessen Schatzmeisterin, Lady Jane Birdwood, eine berühmte rechtsextreme Politaktivistin und Kommunistenjägerin, der Presse erklärt: «Wenn wir wissen, welche Art von Gas seine Verletzungen verursacht hat, können die Menschen, die im Jemen leiden, vor Ort behandelt werden.»

Langsam setzt sich das politische Räderwerk in Bewegung. Britische Parlamentarier verlangen eine Untersu-

chung, und der britische Botschafter informiert Nasser über die tiefe Besorgnis seiner Regierung. Saudi-Arabien fordert das Internationale Rote Kreuz auf, Ärzte in die jemenitischen Bergdörfer zu schicken und reicht Klage bei der UNO ein.

Nasser ist empört und spricht von einer «Schmierenkampagne» Englands, das mit dem Protektorat Aden selbst in den Konflikt verstrickt sei. In einer Pressemeldung stellt er klar: «Die erfinderische und verleumderische Kampagne ist ein verzweifelter Versuch, die aggressiven, provokativen und imperialistischen Aktionen der britischen Streitkräfte an der Südgrenze des Jemen zu vertuschen.» Dem US-Botschafter John Badeau erklärt er, «dass der *Daily Telegraph* ihm gegenüber immer extrem feindselig gewesen sei und man dessen Berichte über Giftgas ignorieren sollte».

Der Botschafter ist skeptisch. Er will wissen, ob Ägypten tatsächlich kein Giftgas einsetzt. Nassers Antwort hätte Patvag-Direktor Widmer nicht gefallen. Am selben Tag kabelt Badeau ans

Fortsetzung Seite 14

State Department: «Nasser sagte, es sei eine Napalm-Bombe namens «Opal» gegen Feldfrüchte und einige Dörfer eingesetzt worden, das sei der Grund für die Berichte über Giftgas gewesen.» Da Badeau den Markennamen des Emser Napalms nicht kennt, hat er nicht «Opalm», sondern «Opal» verstanden: «Ich antwortete, mir vorliegende Informationen würden darauf hindeuten, dass anderes als Napalm eingesetzt werde, insbesondere nicht der «Opal», informierte er Washington.

«Ich erwähnte keine Namen für Bomben, sagte aber, mein Bericht deu-

te darauf hin, die Bandbreite könne von Phosphor- bis Senfgas reichen. Nasser sagte dann, dass «eine Bombe verwendet wurde, die in der V.A.R. (Vereinigte Arabische Republik, ein Zusammenschluss von Ägypten und Syrien) hergestellt worden sei, deren genauen chemischen Inhalt er nicht kenne.»

Im Communiqué, welches das State Department anschliessend veröffentlicht, wird der «Opal» nicht erwähnt, weil sich auch die Beamten in Washington keinen Reim darauf machen können. Niemand fragt bei Nasser nach, was er mit «Opal» meint, obwohl Diplomaten, Geheimdienste, UNO-Beobachter, Rotkreuz-Ärzte und Wissenschaftler

zur selben Zeit versuchen, sich Klarheit über die Art der Bombeneinsätze der ägyptischen Luftwaffe zu verschaffen.

Doch was bedeuten Nassers Auskünfte für die Geschichte des Emser Konzerns? Seine Erklärung, die Luftwaffe setze Opalm ein, deckt sich mit Widmers «Klarstellung», Ägypten habe bei der *Dimex* Opalm gekauft, und «eine erste Lieferung von Bomben dieses Typs» sei «bei Kämpfen in Jemen eingesetzt worden». Da in der Schweiz jemenitische Muslime deutlich weniger Fürsprecher haben als israelische Juden, ging diese Information sang- und klanglos unter. Vergleicht man nachträglich die Erklärungen von Widmer und Nas-

Eine Auswahl auftretender Personen

Bütefisch, Heinrich (1894–1969): Deutscher Chemiker und Vorstandsmitglied der I.G.-Farben. Wurde in Nürnberg wegen Versklavung von Zivilpersonen und KZ-Häftlingen zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Nach seiner frühzeitigen Entlassung 1951 Vorstandsmitglied des deutschen Papierproduzenten *Feldmühle*. Kümmerte sich in Wesseling um die Hofeld, die Forschungsgemeinschaft von *Feldmühle* und *Hovag*. Wurde, wahrscheinlich 1955, Werner Oswalds dritter Berater mit Nazi-Vergangenheit.

Fischer, Ernst (geb. 1897): Deutscher Erdölfachmann, I.G.-Farben-Direktor, NSDAP-Mitglied, SS-Hauptsturmführer, Wehrwirtschaftsführer und Vertrauter von Reichsmarschall Hermann Göring. Als Leiter der Mineralölabteilung im Reichswirtschaftsministerium verantwortlich für die Versorgung Deutschlands mit ausländischem Öl, organisierte u.a. die Plünderung der rumänischen Erdölfelder. Setzte sich kurz vor Kriegsende in die Schweiz ab und wurde Werner Oswalds erster Berater mit Nazi-Vergangenheit.

Giesen, Johann (geb. 1896): Deutscher Chemiker, Leiter der organischen Abteilung des I.G.-Farben-Werks Leuna. Als Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung mitverantwortlich für den Einsatz von KZ-Häftlingen beim Bau und Betrieb des Chemiewerks Auschwitz-Monowitz. Nach dem Krieg Direktor des BASF-Werks Uerdingen und Schlüsselfigur

beim Aufbau der Kunstfaserproduktion in Ems. Wurde 1949 wegen Industriespionage zugunsten der *Hovag* von den Alliierten entlassen, ab 1951 Leiter der Forschungsgemeinschaft Hofeld, ab 1952 Forschungsleiter in Ems.

Gompf, Heinrich (geb. 1898): Deutscher Kaufmann, im Krieg führender Mitarbeiter im Reichsarbeitsdienst. Ab 1960 für die *Patvag* und die *Dimex* tätig. Setzte sich nach dem Mordanschlag auf *Dimex*-Besitzer Walter Heck sofort nach Ägypten ab. War dort drei Jahre lang *Patvag*-Vertreter und Berater der ägyptischen Streitkräfte, half wahrscheinlich, eine ägyptische Opalm-Produktion aufzubauen.

Heck, Walter (1909–1961): Kaufmann und Inhaber der Firma *Dimex* in Karlsruhe-Weingarten. Produzierte für die *Patvag* Opalm, Zünder und Minen, lieferte Flammenwerfer und Opalm an den algerischen Front national de libération. Fiel 1961 einem Mordanschlag zum Opfer, der nie aufgeklärt wurde, aber höchstwahrscheinlich auf das Konto des französischen Geheimdienstes geht.

Oswald, Victor (1909–1993): Bruder von Werner Oswald, wanderte 1932 nach Madrid aus, wo er mehrere Firmen gründete. Schlug sich im spanischen Bürgerkrieg auf die Seite der Franquisten. War im Zweiten Weltkrieg wahrscheinlich für den deutschen, britischen und amerikanischen Nachrichtendienst tätig. Stellte den für die *Hovag* lebens-

wichtigen Import von spanischem Pyrit sicher und bot Hand, dass sein Freund Paul Holzach rüstungsrelevante Rohstoffe von Spanien nach Nazi-Deutschland verschieben konnte. Waffenhändler, Geschäftspartner des berühmt-berüchtigten Nazis Otto Skorzeny. Verschiedene VR-Mandate im Emser Konzern, dem er sein Netzwerk zur Verfügung stellte.

Oswald, Werner (1904–1979): Sohn des Luzerner Regierungsrats Arthur Oswald, Student von ETH-Dozent und «Bauerngeneral» Ernst Laur, Agraringenieur ETH und Dr. phil. II der Universität Zürich. 1933 Gründung der *Patvag*, 1936 Gründung der Holzverzuckerungs AG (*Hovag*) und Kauf einer deutschen Holzverzuckerungs-Lizenz. Setzte 1947 auf Synthetikfasern und liess, um neue Absatzmöglichkeiten für den Emser Treibstoff zu schaffen, eine Flüssigkeitsrakete und eine Napalm-Variante entwickeln.

Schaufelberger, Paul (1904–1975): In Süddeutschland aufgewachsener Auslandschweizer, Waffenexperte, freunde-te sich mit Werner Oswald an, als er im Krieg mit ihm zusammen beim Nachrichtendienst diente. Hatte nach dem Krieg die Idee, die *Hovag* sollte eine Rakete entwickeln. Beschaffte als wichtigster Schweizer Helfer der argentinischen «Rattenlinie» (wo aus Deutschland über Bern flüchtige Naziverbrecher nach Buenos Aires geschleust wurden) deutsche Spezialisten, Baupläne und Know-how für das Emser Raketenprojekt.

ser, sticht jedoch ein Widerspruch ins Auge: Laut Widmer hat die *Patvag* eine Lieferung von 500 «Brandbomben» ausgesetzt, die in Hamburg auf die Verschiffung warteten; laut Nasser wurden die Bomben in der V.A.R. «hergestellt».

5. Nasser stellt Opalm her

In den Quellen finden sich mehrere Hinweise, dass Ägypten selbst Opalm herstellen wollte. Im Sommer 1960 schrieb Widmer, «z.Zt. verhandelt Ägypten mit uns über den Kauf der Herstellungslizenz». Ein halbes Jahr später schickte die *Dimex* zu Vorführzwecken sieben Kilogramm Opalm- und zehn Kilogramm Napalm-Granulat, fünfzig Zünder, zehn Dosen roten Phosphor, zehn Dosen des Brandverstärkers Kaliumperchlorat sowie einen Flammenwerfer an eine Deckadresse der ägyptischen Armee in Kairo. Kurz darauf folgte eine «Sendung von Abwurfbehältern», und Gompf* reiste nach Kairo, um «den dortigen Ingenieuroffizieren die Änderung an der Aufhängung und den Piloten die Vorschriften für den Abwurf beizubringen». Nach der Vorführung beschlossen die Verantwortlichen, die «Behälter im eigenen Land her(zu)stellen».

Im Sommer 1961, als Gompf sich nach dem Attentat auf Heck* nach Kairo absetzte, nannte er der Polizei als Grund, er müsse im Auftrag der *Patvag* «Besprechungen über die Errichtung einer Kunststoff-Fabrik» führen. Die Formulierung ist verräterisch, denn Aluminiumseife dient nicht nur als Napalm-Verdicker, sondern auch als Weichmacher für Kunststoff. Wahrscheinlich ging es also um den Bau einer Opalm-Fabrik. Kurz darauf spedierte Widmer die fünf Tonnen Opalm, die nach Hecks Tod in Weingarten lagerten, nach Ägypten. Ein Jahr später regnete es erstmals «Napalm» auf jemenitische Bergdörfer.

Patvag-Direktor Widmer droht eine Neuauflage der Zünderaffäre, diesmal nicht wegen illegaler Ausfuhr, sondern wegen illegaler Einfuhr. Als er dank El Borai von der Sache erfährt, kontaktiert er sofort den Nachrichtendienst und versichert, er werde dafür sorgen, dass Gompf Auskunft gebe. In der Tat taucht Gompf zwei Tage später auf, spielt aber erwartungsgemäss den Ahnungslosen. Er wisse nicht, warum man ihm einen Zünder schicke, er mache Ägypten ganz andere Geschäfte: «Für die *Patvag* ver-

kaufe ich Kunststoffe und andere Erzeugnisse. Umgekehrt versuche ich, die billigen Arbeitskräfte und kürzeren Lieferzeiten in Ägypten auszunutzen, um ev. Gegenlieferungen zustande zu bringen. Eine solche Gegenlieferung ist die Herstellung von 1000 sogenannten Abwurfbenzinbehältern.»

Die ägyptische Armee, die anlässlich von Gompfs erstem Besuch in Kairo erklärt hatte, sie wolle die Hüllen für die Opalm-Bomben «im eigenen Land herstellen», hat also die Produktion aufgenommen. Während dieser Zeit ist offenbar auch eine «Kunststoff-Fabrik» gebaut worden: Nach dem Attentat auf Heck hatte Gompf den Ermittlern erklärt, er fliege für «Besprechungen über die Errichtung einer Kunststoff-Fabrik» nach Kairo, nun verkauft er «Kunststoffe und andere Erzeugnisse».

Da er im Auftrag der *Patvag* als «technischer Berater der ägyptischen Luftwaffe tätig» ist, dürfte es sich allerdings weniger um «Kunststoffe» als um «andere Erzeugnisse» – sprich Opalm – handeln. In dieses Bild passt, dass auch *Patvag*-Direktor Widmer in letzter Zeit «sehr oft» nach Kairo gereist ist, obwohl er mit Gompf einen tüchtigen und bestens vernetzten Vertreter vor Ort hat. Das lässt darauf schliessen, dass es um wichtigere Geschäfte ging als routinemässig von der *Dimex* abgewinkelte Opalm-Lieferungen.

Die Schlussfolgerung, die ägyptische Armee habe 1963 selbst Opalm hergestellt, deckt sich mit dem Befund von zwei Spezialisten: Laut Dany Shoham, Mikrobiologe und Ex-Offizier des israelischen Geheimdienstes, nahm Ägypten 1963 die Produktion von Chemiewaffen auf, zu denen auch Napalm zählt. Der Jemen-Spezialist Asher Orkaby setzt den Zeitpunkt der Produktionsaufnahme auf 1962 an und schreibt, die Produktion von Chemiewaffen sei mit der Herstellung von Pestiziden in derselben Fabrik getarnt worden. Das wiederum deckt sich mit einer Aussage von Gompf. Als er 1964, nach seiner Rückkehr nach Deutschland, zum Mordfall Heck befragt wurde, behauptete er nämlich, die *Dimex* habe nicht Opalm-Granulat, sondern «Pulver für Insektenbekämpfung» hergestellt.

In der Fachliteratur habe ich nur einen einzigen expliziten Hinweis auf eine ägyptische Napalm-Produktion gefunden: Yezid Sayigh, der Leiter des Programms für zivil-militärische Beziehungen in arabischen Staaten (CMRAS)

am Carnegie Middle East Center in Beirut, schreibt, dass in Nebenanlagen der «Military Plant 81 for Chemical Industries» Napalm, Flammenwerfer sowie Kunststoff- und Gummiteile produziert wurden. Hier taucht also wieder die Kombination Napalm/Kunststoff auf, die in Gompfs Newspeak «Kunststoffe und andere Erzeugnisse» heisst. Sayigh konnte auf Anfrage aber nicht präzisieren, in welchem Jahr die Napalm-Produktion einsetzte.

Das alles sind Mosaiksteinchen, die zwar kein vollständiges Bild ergeben, aber darauf schliessen lassen, dass Ägypten zuerst Opalm aus Deutschland importierte, Anfang der Sechzigerjahre die Lizenz kaufte und 1962/63 eine eigene Produktionsanlage in Betrieb nahm. Dann ergibt auch Widmers überraschende Berichtigung, die *Patvag* habe nicht nur fünf, sondern 25 Tonnen Opalm nach Ägypten geliefert, plötzlich Sinn. Er hat offenbar befürchtet, ein Journalist könnte eins und eins zusammenzählen und sich fragen, wie Ägypten mit fünf Tonnen Opalm, das für rund 500 Bomben reicht, Hunderte jemenitischer Dörfer bombardieren konnte. Auch seine Erklärung, die *Patvag* habe eine Lieferung von 500 «Brandbomben» ab Hamburg gestoppt, erscheint in neuem Licht. Es war wohl eine Finte von Widmer, der davon ablenken wollte, dass Ägypten mit einer Lizenz selbst Opalm produzierte.

Die zweite Zünderaffäre endet für alle Beteiligten glimpflich. Die Fremdenpolizei verzichtet auf eine Einreisesperre gegen Gompf, und die Bundesanwaltschaft beschlagnahmt zwar das Corpus Delicti, stellt aber die Ermittlungen wegen illegaler Einfuhr von Kriegsmaterial ein. Im Schlussbericht attestiert sie Widmer einmal mehr, er gelte «als absolut integere Person».

Was den Giftgasvorwurf betrifft, so kommt das State Department nach «eingehender Prüfung» zum Schluss, das Gas stamme von weissem Phosphor. Auch mehrere Experten sind der Meinung, es handle sich um Phosphorbomben, wie sie bereits im Ersten Weltkrieg und massenhaft im Zweiten Weltkrieg eingesetzt wurden. Die Symptome der Opfer in al-Kawma sind in der Tat typisch für eine Phosphorvergiftung: Sie erbrachen Blut, ihr Fleisch «fiel ab», wenn sie sich kratzten, und oft litten sie tagelange Qualen, bevor sie starben.

* Siehe Kasten «auftretende Personen» linke Seite.

Ein Ex-Offizier der US-Luftwaffe und mehrere französische Söldner, die auf der Seite der Royalisten kämpfen und mehrere Bombenabwürfe miterlebt haben, sind hingegen fest überzeugt, es handle sich um Napalm-Bomben, die nicht richtig explodiert seien. Für Napalm-Bomben wird nämlich ein Zündmechanismus auf Phosphorbasis verwendet, der auf einen Mitarbeiter von Napalm-Erfinder Louis Fieser zurückgeht und bereits im Zweiten Weltkrieg erprobt wurde: Ein Aufschlagzünder bringt eine kleine Ladung von hochexplosivem Sprengstoff zur Explosion, die Bombenhülle wird zerfetzt, die Brandmasse und der in kleine Büchsen eingebaute weisse Phosphor werden in die Luft geschleudert, worauf sich das Phosphor im Kontakt mit Sauerstoff entzündet und das Napalm in Brand setzt.

Dieser Standardmechanismus kommt auch bei den Napalm-Tests des EMD zum Einsatz. Im Protokoll einer «Bomben-Konferenz» im Bundeshaus ist die Konstruktion detailliert beschrieben: Pro «Feuerbombe» werden zwei «Fallzünder» in zwei «Brandbüchsen (Phosphorbüchsen)» eingebaut, diese werden in je eine Blechbüchse eingelötet, die gleichzeitig auch als Verschlusskappen für die mit Napalm-Gel gefüllte Bombe dienen. Auch in die Bombe, die Beeston in al-Kawma fotografierte, sind «Blechbüchsen von der Grösse eines Vergasers eingeschraubt». Auf dem Bild sind vier Büchsen, die nicht oder nur teilweise explodierten, sowie kreisrunde Öffnungen im Deckel deutlich zu erkennen. Es sind allerdings nicht wie üblich zwei, sondern 15 «Phosphorbüchsen», offenbar wurde die Anzahl erhöht, um den Einsatz der Bombe noch tödlicher zu machen.

Alles spricht dafür, dass in al-Kawma Opalm-Bomben eingesetzt wurden, die ungewöhnlich viel Phosphor enthielten und nicht richtig explodierten, und dass McLean der *spin doctor* war, der den Giftgasvorwurf in die Welt setzte und sorgfältig orchestrierte. So sorgte er beispielsweise dafür, dass Bruchstücke der Bombe an ein Labor des israelischen Geheimdienstes gingen, wo prompt Spuren von verbotenem Senfgas festgestellt wurden. Als britische Armeespezialisten, die ebenfalls ein Bombenfragment untersuchten, einzig Reste von Tränengas fanden, stellte ein britischer Geheimdienstoffizier und Kollege von McLean den Befund sofort infrage und

behauptete, «dass die Laborresultate vertuscht wurden, weil die Regierung eine Konfrontation über den Einsatz von Chemikalien vermeiden wollte».

Für die Gebrüder Oswald war McLeans Desinformationskampagne ein Geschenk des Himmels, denn der Giftgasvorwurf lenkte vom Einsturz von Schweizer Opalm gegen die jemenitische Zivilbevölkerung ab. Wie sie vom Kalten Krieg profitierten, illustriert eine Reportage der *Schweizer Illustrierten* aus dem Jahr 1964. Ein Schweizer Reporter, der eines der bombardierten jemenitischen Dörfer besucht hatte, schrieb: «Eines der Opfer wurde nach London geschickt, aber man konnte nicht nachweisen, dass es sich um ein bekanntes Gas handelte, und Nasser gab wenigstens diese Waffe auf, die wahrscheinlich den satanischen Hirnen seiner Nazi-Chemiker entsprungen war, die ja immer noch für ihn in Ägypten arbeiten.»

Der Kalte Krieg trübte sowohl die Analysefähigkeit als auch das Erinnerungsvermögen des Reporters. Es war noch kein Jahr her, dass Widmer als Direktor einer Schweizer Firma öffentlich erklärt hatte, er habe Opalm an Ägypten verkauft, das «bei Kämpfen in Jemen» eingesetzt werde. Doch diesen Zusammenhang sucht man in der *Schweizer Illustrierten* vergeblich. Dort kann man lesen, dass im Jemen russische Kampfflugzeuge die «Felder und Pflanzungen mit Napalm-Bomben» bombardierten. Die internationale Presse machte sogar den Kurzschluss: sowjetische Bomber = sowjetisches Napalm.

Wie das amerikanische *LIFE Magazine*, das 1965 meldete: «Obwohl Nasser den Einsatz von Napalm in Vietnam bedauert, ist der royalistische Jemen mit schwarzen Flecken übersät, die von seinen sowjetischen Napalm-Bomben in das Land gebrannt wurden.» Medienberichte über «Napalm»-Einsätze im Jemen-Krieg waren selten. Stattdessen blickte die Weltöffentlichkeit schockiert nach Vietnam, wo Pressefotografen und TV-Journalisten die zivilen Opfer amerikanischer Brandbomben dokumentierten. Von den Opalm-Opfern im Jemen gab es keine erschütternden Aufnahmen, mit Ausnahme der Schwarz-weiss-Fotografie von Mohamad Nassr, dessen Verletzungen einen Monat nach dem Bombenabwurf schon fast verheilt waren.

Im Jemen gehen die Opalm-Angriffe unvermindert weiter. Im Frühling 1964 flieht ein Pilot der ägyptischen Luftwaffe nach Israel und erklärt an einer Pressekonferenz der israelischen Regierung,

er wolle nie mehr Bomben auf jemenitische Frauen und Kinder abwerfen, «die nicht nur Brände verursachten, sondern den Bewohnern schreckliche Verbrennungen zufügten». Ab Januar 1967 intensivieren sich die Bombardierungen und fordern gleichzeitig mehr Todesopfer. Offenbar sind die ursprünglich «dilettantischen» Bomben inzwischen verbessert worden. Nach dreijährigem Schweigen erhebt die internationale Presse wieder den Vorwurf, Ägypten setze Giftgas ein. Doch wieder deutet vieles auf massive Phosphorzusätze in Opalm-Bomben.

Die jemenitischen Opalm-Opfer haben mit Ausnahme von «Giftgas-Junge» Mohamad kein Gesicht und keine Geschichte. Und solange der Bürgerkrieg im Jemen Recherchen vor Ort verunmöglicht und sich die ägyptischen Streitkräfte und die Ems-Chemie weigern, ihre Archive für die Forschung zu öffnen, wird das wohl so bleiben. Offen bleibt auch, ob Fachleute aus Ems beim Aufbau der Opalm-Produktion in Ägypten mithalfen. War Opalm-Erfinder Albert Schnider, der auch «Völkern» in Asien «den Gebrauch und die Handhabung» von Opalm beibrachte, involviert? Lehrte er oder einer seiner Kollegen den Ägyptern, die Wirkung von Opalm mit Phosphor zu verstärken und die Bombenhüllen mit den vielen Phosphorbüchsen zu bauen? Laut Forschungsleiter Schultze wurde in Ems jedenfalls «jahrelang» mit Brandsubstanzen wie weissem Phosphor «experimentiert». Dieser war nicht nur hochgiftig, er bot den zynischen Vorteil, dass ihn die Genfer Abkommen nicht verboten. (Sein Einsatz ist erst 1977 durch einen Zusatz zu den Abkommen geächtet worden, allerdings betrifft dies nur Zivilpersonen.)

Viele Fragen bleiben offen, eines ist klar: Patvag-Direktor Widmer hat die Gebrüder Oswald erfolgreich abgeschirmt; sie sind im Zusammenhang mit den Opalm-Einsätzen im Jemen kein einziges Mal namentlich genannt worden. Kein Wunder, wollen sie auch künftig nicht auf die Einkünfte aus dem Opalm-Geschäft verzichten.



Ukraine: Aufklärung über Risiken von Explosivwaffen

Olga Savchenko ist Verantwortliche von Handicap International für die Aufklärung über die Risiken von Explosivwaffen in der Ukraine. Von ihrem Büro in Dnipro aus leitet sie ein Team von zehn Personen. Anlässlich eines Besuches im September in Genf berichtete sie über die Bedeutung ihrer Arbeit für die ukrainische Bevölkerung.

Unsere Mission ist es, der Bevölkerung die richtigen Verhaltensweisen im Umgang mit Blindgängern zu vermitteln, um das Risiko von Verletzungen oder Todesfällen durch explosive Kriegsmunitionsrückstände zu verringern. Aufgrund des bewaffneten Konflikts können die Menschen nicht mehr normal leben. Ihre Lebensgewohnheiten müssen sich ändern, denn nach einem Bombenangriff bleiben viele Blindgänger am Boden liegen.

Wir organisieren Informationsveranstaltungen für Kinder und Erwachsene. Mit Beamern zeigen wir ihnen, wie gefährliche Gegenstände aussehen, wo sich gefährliche Gebiete befinden und wo sie nicht mehr hingehen sollten, um beispielsweise Pilze zu sammeln oder zu angeln. Wir bringen den Menschen nicht nur bei, wie sie diese Gegenstände erkennen, sondern auch, dass sie sich ihnen nicht nähern und sie nicht berühren dürfen, und zeigen ihnen, wie sie sich verhalten sollen. Die Regel lautet: erkennen, reagieren, Bericht erstatten.

Sich auf Bombenangriffe vorbereiten

Wir informieren die Bevölkerung auch darüber, wie man sich auf Bombenangriffe vorbereiten kann, was man immer auf sich tragen sollte, was man zu Hause

in einer Tasche bereit haben sollte (Erste Hilfe, Wasser, Hygieneset usw.) und wie man ein Überwinterungsset zusammenstellt (u. a. mit Nahrungsmitteln für zwei Wochen).

Ausserdem informieren wir die Menschen, wie sie sich einen sicheren Ort organisieren. Es ist zum Beispiel wichtig, dass die «2-Wände-Regel» befolgt wird: Es müssen mindestens zwei

Wände zwischen ihnen und der Strasse liegen. Auf diese Weise würde, falls die erste Wand, die Aussenwand, getroffen würde, die zweite standhalten und die herumfliegenden Fragmente aufhalten.

Es ist auch wichtig, dass die Menschen wissen, wie sie sich während der Bombardierungen verhalten sollen. Wir bringen ihnen bei, das Risiko von Verletzungen zu verringern. Wir empfehlen ihnen, sich auf den Boden zu legen, die Beine übereinander zu schlagen, den Kopf mit den Händen zu bedecken und den Mund zu öffnen, um nicht taub zu werden. Diese Informationen sind sehr wichtig, denn dank ihnen wissen die Menschen, wie sie sich verhalten müssen, und geraten weniger in Panik. Das rettet Leben. *Handicap International*

Rund 30 Prozent des Territoriums der Ukraine sind nach Kiewer Angaben vermint. Das entspreche etwa der doppelten Grösse Österreichs, teilte der Staatliche Notfalldienst mit. In den Regionen Cherson und Mikolajiw werde die Räumung von Sprengkörpern fortgesetzt. Mehr als 8000 Quadratkilometer sollen entmint werden.







Montag, 30. Januar 2023 19:00-21:00
Gartenhofstrasse 7, Zürich

Klimagerechtigkeit und Frieden ein notwendiges Zusammenspiel?

Vortrag und Gespräch mit **Stefan Salzmann**
Programmverantwortlicher für Energie und Klimagerechtigkeit bei Fastenaktion,
Co-Präsident der Klima-Allianz Schweiz

Wer virtuell dabei sein möchte, melde sich bitte unter info@friedensrat.ch bis zum 27. Januar 2023 an und erhält dann den Zugangscode.

Zum Thema empfehlenswerte Ausstellung Planetopia im Museum für Kommunikation, Bern
www.mfk.ch/besuchen/ausstellungen/planetopia-raum-fuer-weitwandel

Tram 14 ab Hauptbahnhof Zürich Richtung Triemli bis Station Werd (eine Station nach Stauffacher, zu Fuss Richtung Wiedikon dann zweite Strasse rechts)

Europas Sicherheitsarchitektur in Tr

Russlands Krieg gegen die Ukraine hat nicht nur unermessliches Leid über die Zivilbevölkerung gebracht und einen souveränen Staat teilweise in Schutt und Asche gelegt. Er hat auch die europäische Friedens- und Sicherheitsordnung zerstört. Nach dem Krieg muss deshalb nicht nur die Ukraine wieder aufgebaut werden. Es muss auch ein neues Konzept europäischer Sicherheit entwickelt werden, das Verteidigungsfähigkeit mit einer langfristigen Perspektive auf zukünftige kooperative Sicherheitsstrukturen und dauerhaften Frieden verbindet.

/ Friedensgutachten 2022 /

Russland hat mit seinem Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 einen völkerrechtswidrigen Krieg begonnen. Dieser Krieg ist von langer Hand vorbereitet worden, und er wird von Russland mit aller Macht und Rücksichtslosigkeit geführt. Trotzdem ist der Widerstand der Ukraine ungebrochen. Die russische Armee musste von der Eroberung Kiews wieder Abstand nehmen, um sich auf Geländegewinne im Südosten des Landes zu konzentrieren. Eine Verurteilung des Überfalls im UNO-Sicherheitsrat hat Russland mit seinem Veto verhindert. Aber die UNO-Generalversammlung hat Russland verurteilt.

Sorge vor der atomaren Eskalation

Die zwischenzeitlichen Friedensgespräche zwischen Russland und der Ukraine blieben bislang ergebnislos. Gleichzeitig hat Russland wiederholt und in bislang beispielloser Weise mit dem Einsatz von Nuklearwaffen gedroht. Der Krieg ist noch längst nicht zu Ende und eine weitere Eskalation nicht ausgeschlossen. Schon jetzt zeigt sich aber, dass die bestehende europäische Sicherheitsarchitektur in Trümmern liegt. Der Westen hat ein direktes militärisches Eingreifen bislang ausgeschlossen, aus Sorge vor einer nuklearen Eskalation des Krieges. Jedoch verhängte er massive Sanktionen, die die russische Wirtschaft und individuelle politische Entscheidungsträger empfindlich treffen. Vor allem aber liefert er leichte und zunehmend auch schwere

Waffen zur Unterstützung der ukrainischen Verteidigung.

So klar die Fakten sind, so umstritten ist ihre Interpretation. Für seinen Militäreinsatz macht Russland sich rhetorisch Normen zu eigen, die in der Vergangenheit von westlichen Staaten als Rechtfertigung von Interventionen dienten. Russland behauptet, im Donbass habe ein «Genozid» an der russischstämmigen Bevölkerung stattgefunden und sein militärisches Eingreifen sei eine Friedensmission. Der Kreml nimmt damit vordergründig etablierte Begriffe auf, verwendet sie aber in anderem Kontext und in missbräuchlicher Weise.

Taktische Aneignung

Dabei wird auf angebliche Präzedenzfälle verwiesen, die von westlichen Staaten vor allem im Zusammenhang mit dem postjugoslawischen Bürgerkrieg geschaffen worden seien. Die taktische Aneignung internationaler Normen kann das russische Verhalten in der Ukraine aber nicht rechtfertigen. Allerdings sollten auch westliche Staaten bedenken, dass Ausnahmen vom Interventions- und Gewaltverbot, die sie selbst in Anspruch nehmen, von revisionistischen Staaten wie Russland instrumentalisiert werden können.

Auch innerhalb des Westens und insbesondere in Deutschland wird über die Bedeutung dieses Krieges für die Zukunft gestritten. Im Kern geht es dabei um die Frage, wie es zu diesem Krieg kommen konnte, ob er hätte verhindert werden können und welche Fehler und Versäumnisse des Westens die russische Aggression verursacht oder begünstigt haben. Dabei stehen sich – idealtypisch – zwei Positionen gegenüber: eine sieht die Schuld vor allem aufseiten der Nato, die Russland strategisch in die Enge getrieben habe; die andere kritisiert vor allem die Beschwichtigungspolitik des Westens, die Russland zu immer offensiveren und riskanteren Handlungen ermutigt habe.

Einbeziehung Russlands gescheitert

Die erste Position behauptet, der Westen habe sein Versprechen gebrochen, nach Ende des Ost-West-Konflikts die Nato nicht nach Osten auszudehnen.

Spätestens ab Mitte der 1990er-Jahre habe der Westen die Idee einer gesamt-europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung aufgegeben und mit der schrittweisen Erweiterung der Nato Russland in die Defensive gedrängt. Der Krieg sei eine absehbare (wenn auch nicht legitime) Reaktion Russlands auf den einseitigen Machtgewinn des Westens gewesen. Warnungen habe es genug gegeben. Insbesondere Wladimir Putins Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 habe unmissverständliche Drohungen enthalten, dass neuerliche Erweiterungen von Russland nicht hingenommen werden würden. Die Einladung 2008 an Georgien und die Ukraine, der Nato beizutreten, habe den Kaukasuskrieg 2008, die Annexion der Krim 2014 und den jetzigen Krieg mitverursacht.

Die zweite Position argumentiert umgekehrt. Der Westen habe nicht zu viel, sondern zu wenig Druck auf Russland ausgeübt. 2008 hätte man der Ukraine und Georgien die Nato-Mitgliedschaft nicht nur in Aussicht stellen, sondern unmittelbar vollziehen sollen, anstatt dem Drängen Frankreichs und Deutschlands nachzugeben, zuerst das Einverständnis Russlands einzuholen. Die gesamte Friedens- und Sicherheitspolitik nach dem Ende des Kalten Krieges, die darauf ausgerichtet war, sich Russland anzunähern und das Land in die europäische Friedensordnung einzubeziehen, sei verfehlt und naiv gewesen. Russland lasse sich aufgrund seines autoritären politischen Systems und seiner geopolitischen Interessen nicht in ein System kooperativer Sicherheit integrieren.

Russlands Abschied vom Völkerrecht

Beide Positionen sind in ihrer Argumentation überzogen und in ihren Konsequenzen problematisch. Beide haben aber auch einen wahren Kern. Man muss kein Anhänger der These sein, die Nato trage die Schuld am Krieg in der Ukraine, um einzusehen, dass mehr als ein Akteur an der Erosion der europäischen Sicherheitsordnung beteiligt war. Die jüngste Forschung hat gezeigt, dass es zwar keine schriftliche Zusicherung an Russland gab, die Nato nicht nach

ümmern

Osten auszudehnen. Dennoch ist Russlands Behauptung nicht ganz von der Hand zu weisen, dass mündliche Zusicherungen nicht eingehalten wurden und das Prinzip missachtet wurde, die Sicherheit der einen Seite nicht auf Kosten der anderen Seite zu erhöhen.

Man muss allerdings umgekehrt kein Anhänger der These sein, Russland verkörpere das Reich des Bösen, um zu konstatieren, dass Russland sich in den letzten Jahren konsequent von der normativen Weltordnung verabschiedet, systematisch Völkerrecht gebrochen und wiederholt Kriegsverbrechen begangen hat. Und es ist auch richtig, dass der Westen diesem Handeln früher und konsequenter hätte entgegen treten müssen, insbesondere nach der Annexion der Krim 2014. Es erfordert viel Phantasie sich vorzustellen, wie mit Russland wieder vertrauensvolle Beziehungen aufgebaut werden können, die über Abschreckung und konfrontative Koexistenz hinausgehen.

Den Weg zurück wird es nicht geben

Und doch ist es nötig, genau dies in den Blick zu nehmen. Die Gefahr der aktuellen Debatte ist, dass Diplomatie, Kooperation und politischem Vertrauen generell eine Absage erteilt wird. Die Behauptung, westliche – und vor allem deutsche – Vertrauensseligkeit habe zum Krieg geführt und es wäre besser gewesen, Russland konsequent als Gegner zu behandeln, blendet die Erfolge von Entspannungspolitik und Annäherung an Russland aus. Ohne die Politik der kooperativen Sicherheit wäre Deutschland heute nicht vereint, wären zahlreiche Staaten Osteuropas heute nicht Demokratien und wäre die nukleare Rüstungsspirale nicht – vorübergehend – angehalten worden. Eine kooperative Friedens- und Sicherheitsordnung ist möglich und nicht schon deshalb verfehlt, weil Wladimir Putin sie gerade zertrümmert.

Allerdings: Einen schnellen Weg zurück zu dieser Ordnung wird es nicht geben. Die Herausforderung für die Zukunft der internationalen Beziehungen ist der Aufbau neuer Kooperationsstrukturen – in Europa und in der Welt. Solche

Strukturen werden in Europa nach dem Krieg zunächst ganz basalen Charakter haben und auf Verteidigungsfähigkeit, Abschreckung und rüstungskontrollpolitischen Minimalstandards basieren. Erst in einem weiteren Schritt wird man vielleicht zu einer friedlichen Koexistenz übergehen können, die bedeuten würde, auf gegenseitige Destabilisierung zu verzichten. Auch wenn es in der Erregung des Augenblicks illusorisch erscheinen mag, ist jetzt der Zeitpunkt, sich über die Schritte zu einer neuen Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa Gedanken zu machen. Auch wenn gegenüber Russland in der aktuellen Lage eine harte Haltung notwendig ist, muss schon heute überlegt werden, auf welche Weise langfristig Sicherheit und Frieden nicht nur gegen, sondern mit Russland gestaltet werden können.

Krieg und Diplomatie

Die ersten Anzeichen für einen russischen Angriff auf die Ukraine verdichteten sich im April 2021, als Russland seine Truppen an der Grenze zur Ukraine massiv verstärkte. Die Lage verschärfte sich im Herbst desselben Jahres, was US-Präsident Joe Biden im Dezember 2021 veranlasste, vor einem unmittelbar bevorstehenden russischen Einmarsch zu warnen. Die offiziellen Konfliktpunkte lagen spätestens Mitte Dezember 2021 auf dem Tisch. Die russische Führung forderte eine vertragliche Vereinbarung mit den USA und der Nato über

eine Neuordnung der Europäischen Sicherheit.

Im Zentrum standen zwei Forderungen: erstens auf eine weitere Osterweiterung der Nato zu verzichten, und zweitens, frühere Erweiterungsschritte teilweise rückgängig zu machen, insbesondere mit Blick auf die Stationierung von Truppen und schweren Waffensystemen. Bei der Nato und den USA stießen diese Forderungen unter Verweis auf das Recht auf freie Bündniswahl (verbriefte in der Europäischen Sicherheits-Charta von 1999) auf Ablehnung.

Neutralität als Lösung?

In der Folge schriftlicher Korrespondenzen, in denen Russland seine Forderungen in zunehmend ultimativem Ton erneuerte, und der Erhöhung russischer Militärpräsenz in Belarus verstärkte auch die Nato ihre Truppenpräsenz in Polen, Rumänien und den baltischen Staaten. Ab Januar 2022 standen die Zeichen auf Krieg. Offen schien vielen Beobachtern nur das Wann und Wie des Angriffs. Dabei standen zwei Optionen im Raum: der begrenzte Einmarsch und die vollständige Eroberung der selbsternannten «Volksrepubliken» Donezk und Lugansk oder ein umfassender Krieg, der die Einnahme der gesamten Ukraine und die Etablierung eines von Moskau abhängigen Marionettenregimes in Kiew zum Ziel haben würde.

Fortsetzung Seite 20



Die offiziell gegenüber der Nato und den USA vertretene Linie Moskaus zielte lange Zeit auf eine Neutralität der Ukraine und ein Ende der Nato-Osterweiterung ab. Dieses Ziel war in gewisser Weise verhandlungsfähig, und es bleibt diskussionswürdig, warum der Westen und auch die Ukraine gezögert haben, nach Zwischenlösungen zu suchen. Klar ist zugleich: Es standen sich zwei sehr unterschiedliche Vorstellungen einer Europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung gegenüber. Während Russland auf ein zweites Jalta-Abkommen drängte, bei dem die Grossmächte ihre Einflusssphären abstecken, beharrte der Westen auf den Prinzipien von KSZE und OSZE (Konferenz/Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), die Souveränität und Selbstbestimmungsrecht aller Staaten garantieren.

Existenz der Ukraine abgesprochen

Fraglich ist, ob eine neutrale oder demilitarisierte Ukraine das einzige Kriegsziel war (und ist), oder ob Russland unter Putin, nicht schon von langer Hand vorbereitet, eine imperiale Politik verfolgt. Als Indiz dafür wird der im Juli 2021 erschienene Beitrag des russischen Präsidenten «Über die historische Einheit der Russen und der Ukrainer» angeführt, der die Daseinsberechtigung der Ukraine bestreitet. Die russische Anerkennung der sogenannten Volkrepubliken im Donbass am 21. Februar 2022 hatte ähnliche Untertöne.

Spätestens aber mit der Fernsehansprache Putins zum Kriegsbeginn am 24. Februar 2022 war klar: Nicht nur die Demilitarisierung der Ukraine wurde angestrebt, sondern der Ukraine wurde das Existenzrecht abgesprochen. Hinzu kam der abwegige Begriff der «Entnazifizierung», der auf das Ziel eines Regimewechsels hinwies. Schliesslich deutete der russische Präsident eine mögliche nukleare Eskalation an, sollte die Nato in den Krieg eintreten. Damit war klar, dass es um weit mehr als einen Krieg mit der Ukraine ging, sondern darum, dass dieser Krieg eine symbolische Bedeutung gegenüber der Nato erhielt.

Wandlung der Kriegsziele Russlands

Allerdings wandelten sich die russischen Kriegsziele im Verlauf des Krieges. Der dreifache Zangengriff in den ersten Kriegsmonaten war ein deutliches Indiz dafür, dass es Putin zunächst

um die vollständige Kontrolle der Ukraine ging. Dabei prägten Fehlkalkulationen die russischen Kriegsplanungen. Sie hatten den militärischen Widerstand in der Ukraine ebenso unterschätzt wie die westliche Bereitschaft, die Ukraine militärisch zu unterstützen und weitreichende Wirtschaftssanktionen gegen den Aggressor zu verhängen.

Im April 2022 war die Lage ambivalent. Einerseits verdichteten sich die Hinweise, dass Russland einen Vernichtungskrieg gegen die Ukraine führte, der durch Kriegsverbrechen geprägt war. Andererseits wurden die Truppen um Kiew abgezogen, um Geländegewinne im Osten und Süden des Landes zu konsolidieren. De facto war damit das militärische Ziel geändert worden und schien sich nun auf eine Verbindung vom Donbass bis zur Krim zu konzentrieren, die möglicherweise bis zur abtrünnigen Moldaurepublik Transnistrien weitergeführt werden könnte. Bei einem Erfolg wäre die Ukraine faktisch vom Schwarzen Meer abgeschnitten.

Atomare Drohung erstnehmen

Aber auch der Westen hat seine Ziele nur unscharf definiert und mehrfach verändert. Stabil geblieben ist die diplomatische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung der Ukraine, freilich ohne eine direkte Kriegsbeteiligung vorzusehen. Hintergrund ist die unverhohlene Drohung Russlands, Nuklearwaffen einzusetzen. Diese Drohung ist ernst zu nehmen. Die russische Nukleardoktrin sieht auch in konventionellen Kriegen einen frühen Ersteinsatz taktischer Nuklearwaffen vor, um den Gegner von einer weiteren Eskalation abzuhalten. Putin, Lawrow und andere Regierungsmitglieder haben wiederholt die Bereitschaft zum Nuklearwaffeneinsatz bekräftigt.

Beschwichtigende Vermutungen, Putin selbst würde wahrscheinlich vor einem Nuklearwaffeneinsatz zurückschrecken oder seine Generäle würden ihn im Zweifelsfall in den Arm fallen, sind Spekulation und letztlich nicht überzeugend begründet. Auch eine geringe Wahrscheinlichkeit eines russischen Nuklearwaffeneinsatzes sollte den Westen zu Zurückhaltung angesichts der Gefahr einer Eskalation veranlassen. Diese betrifft nicht nur eine aktive Kriegsbeteiligung (die die Nato ausgeschlossen hat, solange kein Nato-Territorium angegriffen wird), sondern beispielsweise auch die Einrichtung von Flugverbotszonen.

Kosten des Krieges hochtreiben

Auch Waffenlieferungen bergen das Risiko, zum Ziel russischer Angriffe zu werden – und zwar umso mehr, je grösser und moderner die Waffen sind, die geliefert werden. Insofern ist eine vorsichtige Abwägung in jedem Fall geboten. Wichtig ist, sich bewusst zu sein, dass das Risiko steigt, wenn Russland in die Defensive gerät. Anstatt auf eine militärische Niederlage Russlands zu setzen oder gar den Sturz von Wladimir Putin zu propagieren, sollte Russland zu einer Verhandlungslösung, das heisst, einer diplomatischen Bearbeitung des Konflikts bewegt werden. Zu substanziellen Verhandlungen wird Putin allerdings erst dann bereit sein, wenn er einsieht, dass er durch Diplomatie mehr erreichen kann als durch Krieg. Solange Putin glaubt, dass die Kriegshandlungen ihm selbst und Russland Vorteile bringen, wird er den Krieg fortsetzen.

Ziel des Westens muss es deshalb sein, die Kosten des Krieges für Russland möglichst hochzutreiben, indem er die Verteidigung der Ukraine militärisch unterstützt, ökonomische Sanktionen verhängt und diplomatischen Druck ausübt. Gleichzeitig muss der Nutzen einer politischen Einigung auch für Russland so deutlich gemacht werden, dass Putin bereit ist zu verhandeln. Das heisst, auch Russland muss etwas angeboten werden, damit es sich auf Verhandlungen über ein Kriegsende einlässt. Der Westen sollte daher nicht allein auf eine militärische Lösung setzen, denn nur ein Verhandlungsfrieden (und nicht ein Siegfrieden) hat Aussicht, einigermaßen dauerhaft zu sein.

Friedensgutachten 2022. Friedensfähig in Kriegzeiten. Transcript Verlag, Bielefeld 20122, 152 Seiten, Fr. 24.90.



Sexuelle Gewalt in Iran

In iranischen Gefängnissen wird systematisch sexuelle Gewalt ausgeübt. Diese ist schon immer Bestandteil der Repression. Jetzt wird sie öffentlich.

/ Gilda Sahebi, taz /

Die Proteste in Iran sind Ende November 2022 in der zehnten Woche. Ein Ende scheint nicht absehbar, im Gegenteil, sie ziehen immer weitere Kreise. Die Wut der Protestierenden steigt mit jeder Todesnachricht, ihre Entschlossenheit, auf die Strassen zu gehen, wächst mit jeder Grausamkeit, die dieses Regime vollzieht. Und derer gibt es genug.

Der US-amerikanische Nachrichtensender CNN veröffentlichte nun einen Report, der das bestätigt, was BeobachterInnen schon seit Wochen von Menschen im Iran hören: In den Gefängnissen und Haftanstalten der Islamischen Republik wird systematisch sexuelle Gewalt ausgeübt. Nur durch Berichte von AugenzeugInnen, aus Gefängnissen und aus Kliniken, kommen diese Zeugnisse nun an die Öffentlichkeit.

CNN schildert den Fall von Armita Abbasi, einer 20-jährigen Frau aus Karaj. Kurze Zeit nach ihrer «Festnahme» – Festnahmen kommen im Iran einer Verschleppung gleich – wurde sie in ein Krankenhaus in Karaj eingeliefert. Es waren medizinische Fachkräfte, die angesichts des Horrors, den sie empfanden, heimlich Informationen über Abbasis Fall weitergaben, unter Lebensgefahr wohlgemerkt. Sie blutete aus dem Rektum, schrieb eine Person. Das Mädchen muss mit massiver Gewalt vergewaltigt worden sein. Ihr Kopf sei rasiert worden, sie war verängstigt und habe gezittert.

Die Person, die Armita Abbasi behandeln sollte, schrieb laut CNN: «Es ist nicht meine Absicht, Angst und Horror zu verbreiten. Aber das ist die Wahrheit. Es ist ein Verbrechen und ich kann nicht schweigen. Mein Herz, das sie gesehen hat und sie nicht befreien konnte, macht mich wahnsinnig.» Denn die Regimekräfte liessen sie aus der Klinik verschwinden, bevor ihre Familie zu ihr konnte. Sie soll seitdem im berühmten

Fardis-Gefängnis sein. Es gibt keine Informationen darüber, wie es ihr geht.

Der CNN-Bericht legt systematische Vergewaltigungen in Gefängnissen frei. Die ReporterInnen haben mit AugenzeugInnen gesprochen, die sich befreien konnten und über die Grenze in den Irak fliehen konnten. Eine der Frauen, die flüchten konnte, erzählt von ihren Erlebnissen in der Haft. Unter den Gefangenen seien viele Frauen, auch Jungs seien dabei gewesen, manche Kinder, gerade mal 13 oder 14 Jahre alt. Sie alle seien brutal vergewaltigt worden, die Mädchen und Frauen verletze man schwerer. Die Befragungsräume seien die Orte, an denen vergewaltigt werde: «Ein Offizier nimmt ein hübsches Mädchen in einen Raum, um alleine mit ihr zu sein und sie vergewaltigen zu können.»



Sie erzählt von einem Geschwisterpaar, Teenager, das mit ihr im Gefängnis war. Das Mädchen wurde mitgenommen. Als der Bruder zu ihr gehen wollte, um sie zu beschützen, wurde er zusammengeschlagen, bis er auf dem Boden lag und sich einnässte. Derweil hörte man die Schreie seiner Schwester aus dem Nebenraum.

Geschichten wie diese kennt man nicht erst seit Beginn der Proteste. Von der systematischen Ausübung sexueller Gewalt wissen die Menschen im Iran schon seit vielen Jahren. So werden Frauen, die zum Tode verurteilt wurden und noch «jungfräulich» sind, vor ihrer Hinrichtung vergewaltigt. Denn es ist im Iran verboten, Jungfrauen zu exekutieren. Frauen, die seit Wochen protestieren, warnen einander, die Antibabypille einzunehmen, für den Fall, dass sie gefangengenommen werden.

Sexuelle Gewalt als Mittel der Unterdrückung ist kein Zufallsprodukt der Islamischen Republik, sie ist fundamentaler Teil der Ideologie. Der Gründer des iranischen Gottesstaats, Ruhollah Khomeini, nannte GegnerInnen der Zwangsverschleierung und Frauen, die Freiheitsrechte einforderten, «Prostituierte». Freiheit im westlichen Sinne, so der Revolutionsführer, sei «Verdorbenheit und Prostitution». In offiziellen Verlautbarungen des Regimes in den 1980er-Jahren hiess es, Verteidigerinnen von Frauenrechten seien Unterstützerinnen von «sexueller Sklaverei». Heisst: Frauen, die sich für Freiheitsrechte einsetzen, Frauen, die sich gegen die Zwangsverschleierung wehren oder sie ablehnen, sind Freiwild. Vergewaltigung und sexuelle Gewalt sind in diesem Weltbild legitime Instrumente.

Das gilt nicht nur für Frauen: Jegliche Opposition gegen das Regime der Kleriker wird als verdorben betrachtet und sexualisiert. Der heutige Revolutionsführer Ali Khamenei warnt immer wieder, dass es Menschen im Staat gebe, die «Promiskuität und Prostitution» propagierten. So wird jegliche Opposition delegitimiert; es ist kein Zufall, dass eine der Anklagen, die die Todesstrafe nach sich ziehen, «Verdorbenheit auf Erden» heisst. In der heutigen Protestbewegung haben bereits mehrere Protestierende dieses Urteil erhalten. Es werden sicher nicht die letzten sein.

«Sex ist ein Instrument der Unterdrückung geworden», sagt der Exil-Journalist Maziar Bahari in einem Interview mit CNN. «Deswegen sieht man solche Grausamkeiten in iranischen Gefängnissen, wo Leute, die befragen, die foltern, freie Bahn haben und die Gefangenen behandeln können, wie sie wollen, vor allem weibliche Gefangene.» Dank der Sozialen Medien und weil das eine von Frauen angeführte Bewegung sei, komme der sexuelle Aspekt in der repressiven Politik Irans nun endlich ans Tageslicht.

Seit Bestehen der Islamischen Republik, also seit 1979 gehören Menschenrechtsverletzungen zur Struktur des politischen Systems. Wenn auch 43 Jahre zu spät, ist es trotzdem gut, dass der UNO-Menschenrechtsrat den Forderungen der deutschen Bundesregierung nachgekommen ist und jetzt beschlossen hat, diese Verbrechen ab jetzt zu dokumentieren.

Atommacht Russland

Russland modernisiert seine Atomstreitkräfte, in deren Schatten es die Ukraine-Invasion durchführt. Atomwaffen werden für Moskau auch künftig von grosser Bedeutung sein, darunter auch für die atomare Erzwungung. Die damit verbundenen Gefahren einzuhegen, wäre Aufgabe der Rüstungskontrolle. Voraussetzung ihres Erfolgs bleibt indes eine glaubwürdige atomare Abschreckung seitens der Nato.

/ Oliver Thränert /

Die Invasion Russlands in die Ukraine unterstreicht die Bedeutung militärischer Macht für die internationalen Beziehungen. Die gilt nicht nur für die eingesetzten konventionellen Waffen. Vielmehr wirkt im Hintergrund auch Moskaus Atomwaffenarsenal auf das Kriegsgeschehen ein. Russlands Präsident Putin machte dies etwa in einer Rede am 21. September 2022 deutlich, als er davon sprach, alle zur Verfügung stehenden Mittel nutzen zu wollen, um die territoriale Integrität Russlands zu gewährleisten. Das sollte offensichtlich auch Gebiete einschliessen, welche mit inszenierten Referenden zu Teilen der Russischen Föderation erklärt wurden.

Atomwaffendrohung als Mittel zur Willensdurchsetzung

Atomare Drohungen sind ein wichtiges russisches Instrument, um westliche Staaten daran zu hindern, das Aggressionsoffer Ukraine mit allem, was rechtlich unter der UNO-Charta und dem dort in Artikel 51 festgelegten Prinzip der kollektiven Selbstverteidigung möglich wäre, zu unterstützen. Diejenigen Staaten, die der Ukraine Hilfe zukommen lassen, kalibrieren ihre Unterstützung so, dass sie unbekannte russische Rote Linien nicht überschreiten. So richtete die Nato ungeachtet entsprechender ukrainischer Bitten keine Flugverbotszone ein. Das Risiko einer direkten Konfrontation mit Moskau und einer möglichen anschliessenden atomaren Eskalation hat die Allianz als zu gross eingeschätzt.

Vor diesem Hintergrund gilt es, die Atommacht Russland genauer unter die

Lupe zu nehmen. Sowohl bei den strategischen als auch den nicht-strategischen Kernwaffen wird eine seit Jahren stattfindende Modernisierung fortgesetzt. Inwiefern Moskau für Atomwaffen offensive Rollen vorsieht, bleibt umstritten, aber die Ukraine-Invasion unterstreicht den Wert von Atomwaffen als Mittel der Erzwungung. Die Beziehungen des Westens zu Russland werden unter dem atomaren Gesichtspunkt daher fragil bleiben. Rüstungskontrolle dürfte absehbar kaum zur Verringerung daraus resultierender Risiken beitragen.

Das russische Atomwaffenarsenal

Russland verfügt über die meisten Atomwaffen weltweit und unterhält – wie auch die USA – eine Triade an land-, see- und luftgestützten strategischen Atomwaffen. Diese Systeme können aufgrund ihrer Reichweite von mehr als 5500 Kilometern die USA direkt erreichen. Sie dienen daher vornehmlich zur Abschreckung einer strategischen atomaren Aggression. Darüber hinaus unterstreichen diese Waffen die Grossmachtstellung Russlands.

Seit geraumer Zeit investiert Russland in die umfassende Modernisierung seiner strategischen Nuklearstreitkräfte. Fast alle derjenigen noch aus Zeiten der Sowjetunion stammenden Trägerwaffen sind inzwischen durch neue ersetzt worden. Über die Hälfte der russischen strategischen Kernwaffen sind landbasiert. Künftig stützt sich Moskau – wohl aus Gründen der Kostenersparnis – auf weniger Raketentypen. Diese können allerdings eine höhere Anzahl an atomaren Sprengköpfen pro Rakete tragen. In Krisenzeiten kann Russland somit die Anzahl seiner einsatzfähigen Atomwaffen erhöhen, ohne zusätzliche Raketen stationieren zu müssen. Moskau könnte daher mehr Ziele bekämpfen.

Modernisierung der Atomwaffen

Zudem erhöht Russland die Qualität seiner Atomwaffen. So werden neue Sprengkopfdesigns eingeführt mit dem Ziel, auch in Bunkern gesicherte Einrichtungen des Gegners besser vernichten zu können. Zudem stattet Moskau

landgestützte strategische Systeme mit Hyperschallwaffen aus. Die neue Waffe Avangard ist bereits einsatzbereit. Anders als atomare Sprengköpfe fliegt sie nicht nach der Ablösung von einem Trägersystem in einer ballistischen Kurve auf ein Ziel zu, sondern kann ungeachtet sehr hoher Fluggeschwindigkeiten mittels Ausweichmanöver gegnerische Raketenabwehrsysteme umgehen.

Ferner verfügt die russische Marine über zehn strategische U-Boote – je fünf in der auf der Kola-Halbinsel stationierten Nordflotte und fünf auf einer Basis der Pazifikflotte auf der Kamtschatka-Halbinsel. Derweil setzt Moskau den Prozess der Modernisierung seiner strategischen U-Boot-Flotte fort, indem Boote der Delta-IV-Klasse durch neue Borei-Unterwasserschiffe ersetzt werden. Ähnlich der Einführung der Avangard bei den landgestützten Systemen möchte Moskau seine atomare Zweitschlagfähigkeit sichern, indem neue U-Boote auch von fortentwickelten Anti-U-Boot-Systemen möglichst schwer ortbar sein sollen.

Angebliche Wunderwaffen

Die strategischen Bomber bilden das schwächste Glied in der russischen atomaren strategischen Triade. Da ihre Eindringfähigkeit in den gegnerischen Luftraum fraglich ist, wurden sie inzwischen mit luftgestützten Marschflugkörpern ausgestattet. Zudem werden zwei neue Bombermodelle entwickelt, von denen eines bereits einen ersten Testflug absolvierte. Während einer Rede zur «Lage der Nation» am 1. März 2018 stellte Russlands Präsident Wladimir Putin verschiedene, im Westen oft als «Wunderwaffen» bezeichnete Systeme für die Atomstreitkräfte in Aussicht.

Dazu gehören u.a. ein atomgetriebener Torpedo, ein atomangetriebener Marschflugkörper, eine luftgestützte ballistische Rakete und ein bodengestützter mobiler Blend-Laser. Es ist fraglich, ob einige der geplanten Systeme je Einsatzbereitschaft erlangen werden. Dies gilt insbesondere für den atomgetriebenen Marschflugkörper. Ohnehin ist der strategische Wert dieser «Wunderwaffen»



anzuzweifeln. Viele westliche Fachleute meinen jedenfalls, sie dienen eher der Mehrung des russischen Prestiges als Grossmacht mit umfassenden wissenschaftlich-technischen Fähigkeiten.

Massive taktische Überlegenheit

Anders als bei den strategischen Atomwaffen, bei denen sich die USA und Russland im Zuge des Neu-START-Rüstungskontrollabkommens auf gemeinsame Obergrenzen für atomare Sprengköpfe wie auch Trägersysteme einigten, verfügt Russland bei den nicht-strategischen Atomwaffen über eine massive zahlenmässige Überlegenheit. Diese Waffen erreichen geringere Aktionsradien als strategische Waffen und haben eine niedrigere atomare Sprengkraft. Sie als sogenannte taktische Atomwaffen zu bezeichnen, führt indes insofern in die Irre, als die meisten dieser Atomwaffen über eine Sprengkraft verfügen, die diejenige der beiden 1945 über Japan abgeworfenen Atombomben um einiges übertrifft.

Wie bei den strategischen Atomwaffen besitzt Russland nicht-strategische Systeme zu Lande, im Wasser und in der Luft. Eine gewisse Berühmtheit erlang-

te der seit Ende 2017 bei den russischen Streitkräften eingeführte Marschflugkörper mit der Bezeichnung 9M729. Aufgrund seiner Reichweite von mehr als 500 Kilometern verstösst dieser nicht nur gegen den seinerzeit noch geltenden INF-Vertrag über das Verbot landgestützter amerikanischer und russischer Mittelstreckenwaffen im Reichweitenband zwischen 500 und 5500 Kilometern. Vielmehr kann Russland nun aus gesicherten rückwärtigen Positionen heraus mit einem landgestützten, sehr zielgenauen System Ziele auf Nato-Territorium angreifen.

Iskander-Raketen in Belarus

Die russischen Streitkräfte demonstrieren bei Manövern immer wieder ihre Fähigkeit, eine gegen Russland gerichtete grosse konventionelle Aggression durch einen begrenzten Nuklearwareneinsatz zu beenden. Diese Herangehensweise sei als Zwischenlösung gedacht – so Fachleute –, bis Russland über effektivere konventionelle Fähigkeiten verfüge. Langfristig sei somit mit einer Abnahme des russischen Interesses an nicht-strategischen Atomwaffen zu rechnen.

Abgesehen davon, dass die russische Armee im Zuge ihrer Ukraine-Invasion enorme Schwächen demonstrierte, sind einige Fachleute der Meinung, der russischen zahlenmässigen Überlegenheit bei nicht-strategischen Atomwaffen hätten nie bewusste politische oder militärische Entscheidungen zugrunde gelegen. Viele Programme seien auf den Einfluss bestimmter Lobbygruppen zurückzuführen. Dazu gehört sicherlich die Führung der russischen Marine. Ohne ihre verschiedenen atomar bestückbaren Marschflugkörper oder Torpedos sei sie schlicht nicht in der Lage, der amerikanischen Marine aussichtsreich entgegenzutreten.

Im Gegensatz zu den USA hat Russland keine Atomwaffen auf dem Territorium anderer Staaten stationiert. Das könnte sich allerdings demnächst ändern. So kündigte Russlands Präsident Wladimir Putin im Juni 2022 an, Iskander-M-Kurzstreckenraketen an Belarus liefern zu wollen. Diese Raketen können mit konventionellen oder atomaren Sprengköpfen ausgestattet werden. Überdies

Fortsetzung Seite 24

sollen belarussische Kampfflugzeuge vom Typ Su-25 so ausgerüstet werden, dass sie Atomwaffen tragen können.

Die russische Militärdoktrin

In der russischen Militärdoktrin spielen Atomwaffen eine bedeutende Rolle. Die Nato-Intervention im Kosovo 1999 liess russische Militärs aufschrecken, wurde ihnen doch vor Augen geführt, dass die Allianz ihre Interessen militärisch durchzusetzen in der Lage war, nachdem politische Mittel nicht ausgereicht hatten. Moskau fürchtete, die Nato könnte sich auch in Konflikte wie in Tschetschenien direkt einmischen. Dem müsste – so die russische Sichtweise – mittels der Androhung einer begrenzten atomaren Eskalation ein Riegel vorgeschoben werden.

Aufgrund der inzwischen verbesserten konventionellen Fähigkeiten Russlands sei ein frühzeitiger Atomwaffeneinsatz in einem Konflikt mit der Nato in den russischen Überlegungen nicht mehr so zentral wie noch zu Anfang der 2000er-Jahre, so wurde von westlichen Fachleuten vor der russischen Ukraine-Invasion argumentiert. Inwiefern die schlechte Leistung der russischen Streitkräfte während ihrer Ukraine-Invasion, die sehr hohen Verluste, die erst einmal ausgeglichen werden müssen, sowie die Nato-Erweiterung um Schweden und Finnland Moskau dazu veranlassen werden, den Wert der eigenen Atomwaffen für die Abschreckung erneut sehr stark in den Mittelpunkt zu rücken, bleibt abzuwarten.

Erzwingung als übergeordnetes Ziel

Einige westliche Fachleute sind ohnehin der Auffassung, Moskau messe Atomwaffen unabhängig von seinen konventionellen Fähigkeiten eine grosse Bedeutung bei. Atomwaffen würden von Russland viel mehr, als dies im Westen der Fall sei, als politische Waffen gesehen. Sie dienten in russischer Sicht der Erzwingung zur Durchsetzung eigener Interessen. Insofern sei Russlands Atomarsenal als ein Element gemeinsam mit nicht-atomaren Fähigkeiten und informationellen Kapazitäten einer Gesamtstrategie zu sehen, deren übergeordnetes Ziel die eigene Willensdurchsetzung ist.

Laut offiziellen russischen Dokumenten würden Atomwaffen in folgenden Fällen eingesetzt: Im Falle des Vorliegens zuverlässiger Daten, wonach ein Angriff auf Russland mit ballistischen

Raketen begonnen habe; als Antwort auf einen Einsatz atomarer, biologischer oder chemischer Waffen auf Russland oder seine Alliierten; bei einem Angriff auf kritische Regierungs- oder militärische Einrichtungen; oder bei einer konventionellen Aggression gegen Russland, die seine Existenz als Staat gefährdete. Somit dienten – so Russlands Präsident Putin – Russlands Atomwaffen lediglich der Abschreckung.

De-Eskalation durch Atomwaffen?

Inwiefern dies der Fall ist oder ob Moskau seine Atomwaffen auch als offensive Mittel versteht, darüber wird im Westen immer wieder heftig diskutiert. So hiess es in der von der amerikanischen Trump-Administration 2018 veröffentlichten «Nuclear Posture Review», Russland verfolge eine «escalate-to-de-escalate» Strategie. Nach einer konventionellen *Fait-accompli*-Operation etwa im Baltikum könnte eine atomare Drohung aus Moskau die Nato von der Heranführung eigener konventioneller Kräfte zur Rückeroberung des Baltikums abschrecken.

Andere westliche Fachleute neigen dagegen eher zu der Ansicht, Russland plane den Einsatz von Atomwaffen, um einen Sieg der Nato in einem Krieg, den sie selbst begonnen hätte, zu verhindern. Insofern gehe es um eine Art defensive De-Eskalation mittels Atomwaffen. Welche Sichtweise auch immer näher an der Realität angesiedelt ist: Russische Strategen debattieren nach wie vor die Frage, inwiefern es tatsächlich möglich wäre, eine begrenzte atomare Eskalation auch begrenzt zu halten. Indes führt Russland vermehrt sowohl konventionell als auch atomar einsetzbare Trägersysteme mit grösseren Reichweiten ein und signalisiert damit, dass es das Risiko einer atomaren Eskalation zur Durchsetzung eigener Interessen in Kauf nimmt.

Offene Drohung und Kaschierung

Mit seinen vor Beginn der Ukraine-Invasion geäusserten Drohungen an die Adresse all derjenigen, die Russland im Wege stehen würden, fügte der russische Präsident Putin der Atompolitik seines Landes eine in offiziellen Dokumenten nicht vorgesehene Dimension hinzu. Indem er in der Geschichte nie zuvor gesehene Konsequenzen ankündigte für den Fall, dass jemand es wagte, Moskau in den Arm zu fallen, machte Putin offenbar, dass es sein Ziel ist, die Aggression gegen den Nachbarn Ukraine gewissermassen atomar abzuschirmen.

Putin versuchte, diese offensive Rolle der eigenen Atomwaffen in seiner Rede vom 24. Februar 2022 gleichzeitig zu kaschieren. Dort sprach er von einer Bedrohung russischer Kerninteressen, also von der Gefährdung von Russlands Souveränität und Existenz. Diese Formulierungen konnten als Versuch gewertet werden, die an den Westen gerichteten atomaren Drohungen in Einklang mit der russischen Atomdoktrin zu bringen, die Atomwaffeneinsätze vorsieht, sollte durch einen konventionellen Angriff Russlands Existenz auf dem Spiel stehen.

Die durch Putins Rhetorik bewusst hervorgerufene Unsicherheit hinsichtlich des künftigen russischen Verhaltens wurde drei Tage später, am 27. Februar 2022, durch eine Erklärung des Präsidenten weiter verschärft, als er einen im russischen militärischen Lexikon eigentlich nicht vorgesehenen speziellen Bereitschaftsstand für die russischen Atomwaffen ausrief. Diese jüngsten Entwicklungen unterstreichen die Position derjenigen Fachleute, in deren Sicht Atomwaffen für Russland politische Instrumente sind, die im Rahmen einer Gesamtstrategie dem Ziel dienen, Russlands Interessen durch Erzwingung und Einschüchterung durchzusetzen. In dem Masse, in dem dies tatsächlich der Fall ist, könnte sich in derzeitigen oder künftigen Krisen die Wahrscheinlichkeit des Einsatzes russischer Atomwaffen erhöhen.

Atomare Rüstungskontrolle hat keine grosse Zukunft

Ziel der Rüstungskontrolle ist es, die Wahrscheinlichkeit von Atomkriegen zu reduzieren. Während des Kalten Krieges war Rüstungskontrolle von eminenter Bedeutung für die Stabilisierung der Abschreckung sowie für die Herstellung von Transparenz und Vertrauen. Von der seinerzeit etablierten atomaren Rüstungskontrollarchitektur ist nur noch der im Februar 2011 in Kraft getretene Neu-START-Vertrag übriggeblieben. Das Abkommen legt Obergrenzen für stationierte russische und amerikanische landgestützte und seegestützte Interkontinentalraketen sowie für atomfähige schwere Bomber beider Seiten fest. Hinzu kommt eine Beschränkung der Anzahl der atomaren Sprengköpfe auf diesen Systemen.

Die Umsetzung des Vertrages wird durch Datenaustausch sowie gegenseitige Vor-Ort-Inspektionen gewährleistet. Im August 2022 erklärte Moskau jedoch,

keine Vor-Ort-Inspektionen auf seinem Territorium mehr zulassen zu wollen, da US-Sanktionen russische Inspektoren daran hinderten, in die USA einzureisen. Derzeit ist unklar, wie lange dieser Zustand andauern wird. Ungeachtet dessen hält Moskau die Neu-START-Obergrenzen für seine stationierten strategischen Atomwaffen vorerst ein und verzichtet darauf, mehr atomare Sprengköpfe auf seinen Fernraketen zu platzieren, was technisch möglich wäre.

2026 läuft neu-START-Abkommen aus

Das Abkommen hatte eine Laufzeit von zehn Jahren mit der Option einer einmaligen Verlängerung um bis zu fünf Jahren. Kurz nach seinem Amtsantritt ergriff US-Präsident Joe Biden die Initiative zur Nutzung dieser Option. Am 4. Februar 2026 läuft Neu-START definitiv aus, ohne dass es eine Option einer erneuten Verlängerung gäbe.

Soll die atomare Rüstungskontrolle nicht ganz an ihr Ende kommen, müssen neue Vereinbarungen verhandelt werden. Optimisten gehen von einem grundsätzlichen Interesse Moskaus an künftiger Rüstungskontrolle aus. In der Tat könnte Russland damit zeigen, wie wichtig es nach wie vor für den Westen ist, und somit seine Grossmachtsansprüche untermauern. Dieser Optimismus wird jedoch dadurch getrübt, dass die beim Biden-Putin-Gipfeltreffen in Genf im Juni 2021 vereinbarten strategischen Stabilisierungsgespräche aufgrund der russischen Ukraine-Invasion zum Erliegen gekommen sind.

Erforderliches Mass an Transparenz unwahrscheinlich

Insofern stellt sich die Frage, ob Rüstungskontrolle unabhängig von den konfrontativen Beziehungen eine Wiederauflage erfahren könnte. Selbst wenn dies gelingen sollte, stünden künftige Rüstungskontrollverhandlungen indes vor einer Vielzahl von Problemen, von denen hier nur einige genannt werden können. So möchte Russland die US-Raketenabwehr beschränken, was aber in Washington in beiden Parteien äusserst unpopulär ist. Umgekehrt ist man sich in den USA weitgehend einig, dass in einem neuen Abkommen auch die nicht-strategischen Atomwaffen erfasst werden müssten.

Moskau wiederum strebt den Abzug aller US-Atomsprengköpfe aus Europa an – was die Nato angesichts der russischen Ukraine-Invasion mehr denn

je ablehnt – und will nicht stationierte atomare Sprengköpfe begrenzen. Deswegen, und weil die Trägersysteme der nicht-strategischen Atomwaffen auch konventionell bestückt werden können, müssten erstmals in der Geschichte der Rüstungskontrolle bei Inspektionen nicht nur die verbleibenden Trägersysteme, sondern die atomaren Sprengköpfe selbst erfasst werden.

Dies erforderte ein Mass an Transparenz, das schon zu wesentlich besseren Zeiten der bilateralen Beziehungen zwischen Moskau und Washington nicht möglich war. Schliesslich stellt sich die Frage, ob und inwiefern das auch atomar aufstrebende China in die atomare Rüstungskontrolle einbezogen werden müsste. Vor diesem Hintergrund gibt es wenig Hoffnung, dass atomarer Rüstungskontrolle zwischen den USA und Russland eine grosse Zukunft beschert ist.

Perspektiven

Russland wird auf absehbare Zeit eine Atommacht bleiben, die in Konfrontation zu ihren westlichen Nachbarn steht. Moskau hat erfahren, dass atomare Drohungen dabei helfen können, einen «cordon sanitaire» abzusichern. Es ist daher damit zu rechnen, dass künftig erhebliche atomare Unsicherheiten im Verhältnis zwischen Russland und der Nato bestehen bleiben, ungeachtet der Frage,

wie stark Moskau der weiteren Modernisierung seiner Atomstreitkräfte Priorität vor der Verbesserung seiner konventionellen Fähigkeiten geben wird.

Für die Nato bleibt die Erhaltung und Stärkung der Glaubwürdigkeit ihrer atomaren Abschreckung zentral. Dazu gehört auch, atomarer Erzwingung entgegenzuwirken. Während die europäischen Nato-Partner Frankreich und Grossbritannien mit ihren atomaren Arsenalen dazu wesentliche Beiträge leisten, bleibt die Stationierung amerikanischer Atomwaffen auf dem Territorium von nicht-atomaren Allianzpartnern und deren Bereitstellung atomarer Trägersysteme im Zuge der atomaren Teilhabe wesentlich, um den Nato-Zusammenhalt zu demonstrieren. Zugleich gilt es, atomare Risiken durch Rüstungskontrolle wann immer möglich zu reduzieren. Insofern die politischen Umstände dies erlauben, sollten mit Russland die Gespräche über atomare Risikoverminderung wieder aufgenommen werden. Umfassende Vertragswerke zur Begrenzung und Reduzierung von Atomwaffen dürften hingegen bis auf Weiteres kaum möglich sein.

CSS-Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 312 vom Oktober 2022. Die CSS-Analysen werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Abdruck mit freundlicher Genehmigung. Die Untertitel stammen von der Redaktion.



Tagebücher einer Invasion

Das Tagebuch ist eine (literarische) Gattung, mit der von privaten Erlebnissen, Aktivitäten, Stimmungen und Gefühlen erzählt wird. Das Tagebuch, das oft nicht mit Blick auf eine Veröffentlichung verfasst wurde, war lange eine beliebte Form des Erzählens, es war ein Ort des Nachdenkens, ermöglichte aber auch Einblick in den Alltag einer Person und erwies sich oft für die Nachwelt als Zeitdokument. Als solches hat es jedoch bereits im 20. Jahrhundert an Bedeutung verloren. Seit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine lebt es wieder auf. Yevgenia Belorusets, Andrej Kurkow und Serhij Zhadan legen Tagebücher vor, die uns direkt ins Kriegsgeschehen werfen. Oksana Sabuschko wählt die Form des Essays und verknüpft die eigene Geschichte seit dem 24. Februar 2022 mit der 300-jährigen ukrainischen Geschichte.

/ Liliane Studer /

Romane zu schreiben, ist im Krieg nicht möglich – darin sind sich die vier AutorInnen einig. Es fehlt die Ruhe, die Konzentration, das Sich-Ausklinken aus dem Alltag. Der Prozess des Schreibens sei ihm inadäquat vorgekommen, schreibt Serhij Zhadan im Nachwort zu *Himmel über Charkiw. Nachrichten vom Überleben im Krieg*, denn: «Der Krieg verschiebt die Perspektive, die Wahrnehmung. Vor allem aber ändert er sofort das Gewicht vieler Dinge. Von Dingen, die dir gestern noch unerlässlich und selbstverständlich erschienen sind. Aber schon nach den ersten Bombardierungen von Wohngebieten erscheinen die Metaphern zweifelhaft. Genauso ethisch zweifelhaft erscheint dir die Literarisierung der Wirklichkeit, die Verwandlung von Realität in Literatur, die Suche nach Bildern und Vergleichen, die Verwendung von Blut und Fleisch als literarischem Material.»

«Sie sind gekommen, uns zu vernichten»

Zhadan schreibt seit vielen Jahren täglich auf Facebook «eine Art öffentliches Tagebuch», im Buch sind die Einträge vom 24. Februar 2022 bis zum 24. Juni

2022 abgedruckt, ergänzt mit Fotos des Autors, die von seiner Facebook-Seite für das Buch kopiert wurden. Dass sie teils unscharf oder verwackelt sind, passt zu den Inhalten, nachdem so vieles ins Wanken geraten ist seit dem 24. Februar 2022. Seit diesem Tag ist der Schriftsteller und Musiker Serhij Zhadan pausenlos unterwegs, gemeinsam mit Freunden und Bekannten organisiert er Transporte, Lebensmittel, Lieferungen ans Militär. Sie besuchen die Menschen, die seit Wochen in Metrostationen leben, sie geben Konzerte für Kinder und Erwachsene, sie sprechen Mut zu. Und sie rufen tagtäglich in Erinnerung, was sich in Charkiw (und anderswo in der Ukraine) abspielt: «Die Russen verüben einen Genozid gegen uns. Sie sind gekommen, um uns zu vernichten.»

In *Himmel über Charkiw* ist Serhij Zhadans Wut in jeder Zeile zu spüren. Schon der erste Eintrag am 24. Februar 2022 ist unmissverständlich: «Hallo allerseits, wir waren heute den ganzen Tag unterwegs, jetzt kommen wir heim, denn hier ist unser Zuhause, hier sind unsere Familien und hier gehören wir hin. Alle unsere Konzerte werden wir später spie-

len, nach unserem Sieg, jetzt aber wünschen wir allen, dass sie bleiben, wo sie sind, und ihre Arbeit tun, die Streitkräfte der Ukraine unterstützen, unseren Mitbürgern helfen, die heute unsere Hilfe brauchen. Freunde, vergesst nicht: Dies ist ein Vernichtungskrieg und wir haben nicht das Recht, ihn zu verlieren. Wir müssen ihn gewinnen. Darum halten wir zusammen. Ruhm der Ukraine!»

Zeugnis über den Krieg ablegen

Es sind parteiische Posts, die Zhadan täglich an seine LeserInnen verschickt. Er macht Mut, spornt an, durchzuhalten, unterstützt, wo er kann. Die immer wiederkehrenden letzten Sätze der einzelnen Einträge tönen im Kopf wie ein Song von Zhadans Band: «Über der Stadt wehen unsere Flaggen» oder «Morgen früh sind wir unserem Sieg wieder einen Tag näher». Denn es gibt nur den Sieg: «Wir in der Ukraine glauben selbstverständlich alle an den Sieg unseres Landes in diesem Krieg. Mehr noch, wir arbeiten für diesen Sieg, wir geben unser Leben für ihn.»

Im Gegenzug werden die Bezeichnungen für die Russen immer heftiger: «Die Russen sind keine Armee, sie sind eine Horde», «sie sind Verbrecher», «Barbaren» sind noch die zurückhaltenderen, schärfer tönt es, wenn von «Abschaum» die Rede ist, wenn es nur noch Wut, Verachtung, Hass gibt. Es sind harte Worte, denen Sätze wie «Es tut so entsetzlich weh, das mit Mariupol» gegenüberstehen, sie alle lassen den Atem beim Lesen immer wieder stocken. Und fast verschämt gestehen wir uns ein, wie tröstend ein Satz wie der folgende sein kann: «16. März 2022 [...] P.S. Der kleine Bohdan auf dem Foto wurde im Krieg geboren. Seine Mutter war in der Metro, als die Wehen begannen, und nach der Entbindung kehrte sie in die Metro zurück. Er hier ist unsere Zukunft, wegen dem kleinen Bohdan halten wir durch.»

«Leider lässt sich mit Dichtung kein Krieg gewinnen, aber Dichter können Zeugnis über Krieg ablegen.» Für dieses Zeugnis-Ablegen seit vielen Jahren ist Serhij Zhadan mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 2022 aus-



gezeichnet worden. Die Jury schreibt: «Nachdenklich und zuhörend, in poetischem und radikalem Ton erkundet Serhij Zhadan, wie die Menschen in der Ukraine trotz aller Gewalt versuchen, ein unabhängiges, von Frieden und Freiheit bestimmtes Leben zu führen.»

Ein Krieg ist ausgebrochen

Behutsam-poetisch in der Sprache, deutlich in der Einschätzung schreibt Yevgenia Belorusets in *Anfang des Krieges. Tagebücher aus Kyjiw* über die Zeit vom 24. Februar bis zum 29. Juli 2022. Am 24. Februar notiert sie: «Heute früh bin ich am Morgen aufgewacht und sah acht unbeantwortete Anrufe auf meinem Handy. Es waren meine Eltern und einige Freunde. Erst dachte ich, es sei etwas mit meiner Familie passiert und meine Freunde würden nun versuchen, mich zu erreichen, weil meine Eltern aus irgendeinem Grund sie alarmiert hatten. Dann ging meine Fantasie in eine andere Richtung, und ich habe mir einen Unfall vorgestellt, eine Gefahrensituation im Zentrum von Kyjiw, etwas, wovor man seine Freunde warnt. Ich fühlte eine kalte Unruhe. Ich rief meine Cousine an, weil ihre schöne Stimme auf mich immer beruhigend wirkt, mutig und rational. Sie sagte nur: «Kyjiw wurde beschossen. Ein Krieg ist ausgebrochen.»»

Auch Belorusets verortet den Beginn des Krieges in ihrem Vorspann zum Buch im Jahr 2014: «Als der Krieg zum ersten Mal begann, im Jahr 2014,

war tatsächlich nicht klar, dass er wirklich begonnen hat. Er kleidete sich in die Form einer Revolution, einer Protestaktion des neuen erfundenen Volkes von Donbass. Er verkaufte sich als eine friedliche und höfliche Annexion der Krim, wie es hiess. Die Friedlichkeit sowie die Höflichkeit dieses Vorgangs sollten auf etwas anderes deuten als den Krieg. Dieses andere besitzt bis heute aber keinen eigenen Namen. [...]

Als der Krieg zum ersten Mal begann, im Frühling 2014, war er noch ein Kind, so unerfahren, dass er sich noch ohne eigenes Geburtsdatum der Welt vorstellte. Seine Entstehung verteilte sich örtlich und zeitlich auf einige Monate. In seinen ersten Lebenswochen gab es Tage, an denen ich immer wieder dachte: Vielleicht irre ich mich und es ist doch kein Krieg, bloss ein riesiger Fehler, der bald korrigiert werden und aus der Realität verschwinden wird.»

Man hat es zugelassen

Dass sich diese Hoffnung als falsch erwies, erkannte Belorusets am 24. Februar sofort. Nichts liess noch zweifeln an der brutalen Realität – sie heisst Krieg. «Irgendwann später hörte ich, dass zwei Kinder unter den Beschüssen in der Oblast Cherson starben, im Süden des Landes, und dass insgesamt siebenundfünfzig Menschen heute im Krieg ums Leben gekommen sind. Die Zahlen verwandelten sich in etwas sehr Konkretes, als ob ich selbst bereits jemanden verloren hätte. Ich spürte eine Wut auf die ganze Welt. Ich dachte, man hat es zugelassen, es ist ein Verbrechen gegen alles Menschliche, gegen einen grossen gemeinsamen Raum, in dem wir leben und auf eine Zukunft hoffen.»

In den Aufzeichnungen Yevgenia Belorusets – sie ist 1980 geboren, lebt als Schriftstellerin, Fotografin und Künst-

lerin abwechselnd in Kyjiw und Berlin und schreibt auf Ukrainisch und Deutsch – ist das Bemühen spürbar, nicht in vorschnelle Verurteilungen zu verfallen, zu differenzieren, die Hoffnung nicht aufzugeben. Doch immer stärker wächst die Gewissheit, dass Russland, die russische Armee, die russischen Soldaten, nackte Gewalt anwenden, dass für sie alle ein Menschenleben (sei es ein ukrainisches oder aber russisches) keinen Wert hat.

Lange wehrt sie sich, sucht nach Widerstand in Russland, hofft auf eine russische Opposition und wird immer wieder enttäuscht. Belorusets geht diesen schmerzhaften Weg konsequent und schont dabei auch sich selber nicht. In ihren Aufzeichnungen zeigt sie, wie schwierig es ist, die Hoffnung zu begraben und trotzdem nicht aufzugeben. So werden denn die Worte immer deutlicher. «Immer noch herrscht eine internationale Angst vor dem Diktator. Vielleicht denken manche immer noch, wenn man ihn nicht herausfordert und provoziert, wird er nichts Schlimmeres tun. Diese Vorsicht hat bereits sehr viel gekostet, sie wird jede Minute teurer. [...] Wir dürfen nicht mehr warten! Stoppt diese Gewalt!»

Eine riesige Gedenkstätte

Als das Massaker in Butscha bekannt wurde, wählte Yvgenia Belorusets am 3. April klare Worte: «Der Diktator behauptet, wir seien nicht einfach verwandte Völker, wir seien sogar «ein Volk». Aber wenn man sieht, was die russische Armee hier tut – tote, vergewaltigte Frauen liegen in Butscha und Irpin am Strassenrand, tote Kinder –, dann versteht man sofort: Es geht um ein genozidales Verbrechen gegen jene, die man entmenslicht hat.»

Fortsetzung Seite 28



Im letzten Eintrag vom 5. April lesen wir: «Als ich dieses Tagebuch begann, war ich überzeugt davon, dass ich es nur einige Tage lang führen würde. Mein Glauben an die Unmöglichkeit eines so sinnlosen Krieges war stark. Jetzt fahre ich weiter nach Berlin und entferne mich kilometerweise von der noch immer andauernden Gewalt, während ich aus dem Fenster des Zuges auf eine ausgedehnte Landschaft eines anderen Landes schaue und plötzlich auch um sie Angst habe.

Die Umgebung von Kyjiw, eine feierliche, wunderschöne Landschaft, wo ich einmal ein kleines Haus haben wollte, verwandelt sich vor unseren Augen in eine riesige Gedenkstätte. Russland publiziert in den staatlichen Medien Manifeste, die einen Massenmord an uns allen rechtfertigen. Die Welt überlegt, was als Nächstes zu tun ist. Einige internationale Experten spielen Wahrsager und vermuten, dass der Krieg noch Jahre dauern kann. Auf diese Weise wird, so scheint mir, indirekt der Massenmord legitimiert. Jeder Tag dieses Krieges ist einer zu viel.»

Tarnnetz für russische Panzer?

Oksana Sabuschko ist 1960 geboren und lebt in Kyjiw. Die studierte Philosophin zählt heute zu den bekanntesten SchriftstellerInnen der Ukraine. Seit Ausbruch des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine hat sie sich verschiedentlich in Zeitungsartikeln radikal-provokativ geäußert. Erinnert sei nur an den NZZ-Text, in dem sie westliche Intellektuelle und deren blinde und ahnungslose Begeisterung für die russische Literatur mit harschen Worten kritisiert: Es sei an der Zeit, «die russische Literatur unter einem anderen Blickwinkel zu lesen, denn sie hat fleissig an dem Tarnnetz für die russischen Panzer mitgeknüpft» (NZZ, 30.4.2022). Im Herbst 2022 ist Sabuschkos jüngster Essay *Die längste Buchtour* erschienen.

Am 23. Februar 2022 bricht Oksana Sabuschko nach zwei Jahren pandemiebedingter Reisepause auf zu einer Lesung in Warschau (zwei Flugstunden von Kyjiw entfernt), endlich wieder einmal an zwei Abenden reale Begegnungen mit realen Menschen, Gespräche, Zusammensein. Trotzdem verspürt sie «nicht im Entferntesten irgendeine freudige Erregung». Vielmehr hofft sie insgeheim, dass doch noch alles in letzter

Minute abgesagt werde. Am Morgen des 24. Februar wird sie morgens um sechs vom Läuten des Telefons geweckt. Ihr Mann sagt anstelle eines Guten-Morgen-Grusses: «Es hat angefangen, Kleine, sie bombardieren uns.»

Seit dem 23. Februar also ist Oksana Sabuschko unterwegs, von Hotel zu Hotel, mit einem inzwischen grösseren Koffer und ihrem umfangreichen Wissen über die Ukraine und Russland und deren Geschichte. In der ersten Zeit ihres nicht geplanten Aufenthaltes ausserhalb der Ukraine – und davon lesen wir im Essay – denkt sie nach über diesen Krieg, der «zwar auch ein «achtjähriger», «dreissigjähriger», «hundertjähriger» Krieg [ist], wenn man ihn in einzelne Phasen aufteilt, doch in Wirklichkeit ist es ein ununterbrochener Krieg, den der russische Staat – ganz gleich unter welchem Namen er auftritt – konsequent gegen die zivilisierte Welt führt».

Ein Vorrat an unerzählten Geschichten

Sie stellt fest, dass sie ihr ganzes bewusstes Leben mit diesem Krieg verbracht habe und dass es ihre Pflicht sei, es auf den Punkt zu bringen – «selbst wenn ich aus einem Koffer lebe». Und so beginnt sie zu schreiben, «ohne Computer und Festplatte», die zu Hause geblieben sind. Denn ihr bleiben: «Erinnerung. Sprache. Ein Vorrat an unerzählten Geschichten. Eigentlich gar nicht so wenig.»

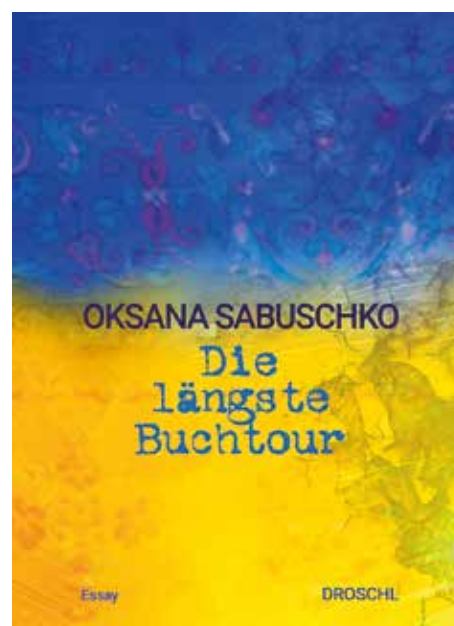
Und so lesen wir mit wachsender Erkenntnis – und grosser Scham über das eigene Unwissen – die dreissigjährige Geschichte und die dreihundertjährige Geschichte und erkennen die Hintergründe, die Zusammenhänge, die zum

heutigen Krieg führen (mussten), den Sabuschko den «Dritten Weltkrieg» nennt: «Ich nenne diesen Krieg nicht den Zweiten Feldzug. Und auch nicht so, wie es sich in den europäischen Medien eingebürgert hat – der «russische Einmarsch in» oder «Angriffskrieg gegen die Ukraine» [...]. Und ich nenne diesen Krieg nicht einmal «russisch-ukrainisch»; das ist ein lokal viel zu begrenztes Merkmal. Ich nenne ihn den Dritten Weltkrieg.» Oksana Sabuschko gelingt es mit ihrer kämpferischen, herausfordernden und gleichzeitig persönlichen Schreibweise, uns allen einen Spiegel vorzuhalten und uns aufzufordern, Tatsachen nicht länger zu verleugnen, sich nicht hinter einfache Erklärungsansätze zu verstecken, sich mit unangenehmen Erkenntnissen zu konfrontieren. Denn es ist höchste Zeit, die ukrainische Geschichte kennenzulernen.

Sind Sie bereit zu sterben?

Seit vielen Jahren setzt sich Andrej Kurkow mit der Geschichte der Ukraine auseinander, zeigt historische Kontinuitäten auf und zeichnet den Kampf der UkrainerInnen um Selbstbestimmung nach. Das tut er auch in seinem neuesten Buch *Tagebuch einer Invasion*. Am 24. Februar schreibt er: «Zwischen Telefonaten bereitete ich gestern Abend für ein paar Journalisten, die zu Besuch gekommen waren, Borschtsch zu. Ich hoffte, Putin würde unser Abendessen nicht stören. Das tat er auch nicht. Er beschloss stattdessen, am nächsten Morgen um 5.00 Uhr Raketen auf die Ukraine abzufeuern. Auch im Donbass brach der Krieg aus und es gab Angriffe auf andere Ortschaften, darunter einen aus Belarus. Jetzt befinden wir uns im Krieg mit Russland.»

Dieser Tag verändert das Leben so vieler Menschen, einer von ihnen ist Andrej Kurkow. Er und seine Frau verlassen Kyjiw, sie wollen in ihr Haus im Dorf, das etwa 90 Kilometer westlich liegt. Doch auch dort werden sie nicht lange bleiben. Sicherer fühlen sie sich erst in der Wohnung, die eine ältere ihnen unbekannte Frau ihnen zur Verfügung stellt, in Transkarpatien. Hier schreibt Kurkow und gibt Interviews und bittet «Journalisten, die Ukrainer aus dem Ausland anrufen, mit dem Hörer in der rechten und einer Tasse Kaffee in der linken Hand, keine blöden Fragen zu stellen. Die dümmste aller Fragen lautet: «Sind Sie bereit, für die Ukraine zu sterben?» Natürlich sind die





Ukrainer bereit, für die Ukraine zu sterben. Ukrainer sterben jeden Tag für die Ukraine. Aber die Ukraine selbst wird nicht sterben! Die Ukraine wird überleben, wieder aufgebaut werden und über den Krieg hinwegkommen, sich aber jahrhundertlang an den Krieg erinnern.»

Putin zerstört auch Russland

Kurkow analysiert scharf und schonungslos. Und auch er warnt Europa und die ganze zivilisierte Welt und erinnert an deren Verantwortung: «Die Ukraine wird entweder frei, unabhängig und europäisch sein, oder es wird sie überhaupt nicht mehr geben. Dann wird man über sie in europäischen Geschichtsbüchern schreiben und dabei mit Scham die Tatsache verheimlichen, dass die Zerstörung der Ukraine nur durch die stillschweigende Zustimmung Europas und der gesamten zivilisierten Welt möglich war.»

Dass Putin nicht nur die Ukraine zerstört, sondern auch Russland und damit die russische Sprache, macht Andrej Kurkow sprachlos. Auch wenn er festhält, dass die russische Sprache wohl eines der unbedeutendsten Kriegsoffer sei. Kurkow ist 1961 in St. Petersburg geboren und in der Ukraine aufgewachsen, er ist ukrainischer Staatsbürger. Und doch hat er sich oft für seine Herkunft geschämt, für seine Muttersprache Russisch. Er werde «traurig bei dem Gedanken daran, dass Kinder, denen nach dem

jetzigen Krieg in der Schule angeboten werde, Russisch zu lernen, sich weigern und sagen werden: «Die Russen haben meinen Opa umgebracht!» So wie er damals auf die Frage, ob er Deutsch lernen wolle, geantwortet habe: «Die haben meinen Opa Alexej umgebracht.»

Andrej Kurkow verbindet überzeugend und nachvollziehbar die grosse Geschichte mit seinen Alltagserfahrungen seit Ende 2021 und seinen Erinnerungen an Kindheit und Jugend. Erzählt, dass er die Schuldgefühle nicht los wird, «weil meine Muttersprache Russisch ist und Putin die Ukraine zerstört, um «Russen und die russischsprachige Bevölkerung vor ukrainischen Nationalisten zu retten»». Hier spürt er die Verwandtschaft mit Michail Schischkin, der nichts mit diesem Krieg zu tun habe, dem es jedoch sehr schwerfalle, über Russland zu sprechen, wie sie bei einem Treffen im März 2022 feststellten.

Kurkow lädt uns mit seinem Tagebuch ein, die Geschichte der Ukraine kennenzulernen und zu verstehen. Wie seine KollegInnen Sabuschko, Belorusetz und Zhadan gelingt es Kurkow überzeugend, Wissenslücken zu füllen: Sie erzählen Geschichten, von sich und von UkrainerInnen, die seit Jahrhundert in diesem Land leben – das nun definitiv von der Weltkarte getilgt werden soll, weil ein Diktator das so beschlossen hat.

Yevgenia Belorusetz: **Anfang des Krieges. Tagebücher aus Kyjiw.** Matthes & Seitz, Berlin 2022, 192 Seiten, Fr. 30.90.

Andrej Kurkow: **Tagebuch einer Invasion.** Aus dem Englischen von Rebecca DeWald. Haymon Verlag, Innsbruck 2022, 352 Seiten, Fr. 25.90.

Oksana Sabuschko: **Die längste Buchtour.** Essay. Aus dem Ukrainischen von Alexander Kratochvil. Literaturverlag Droschl, Graz 2022, 176 Seiten, Fr. 30.50.

Serhij Zhadan: **Himmel über Charkiw.** Nachrichten vom Überleben im Krieg. Aus dem Ukrainischen von Juri Durkot, Sabine Stöhr und Claudia Dathe. Suhrkamp Verlag, Berlin 2022, 240 Seiten, Fr. 27.90.

Figes: Eine Geschichte Russlands

Mitreissend, prägnant und menschlich berührend erzählt Orlando Figes die Geschichte Russlands. Dabei entfaltet er das grosse Panorama der russischen Seele: von unsterblichen Mythen über die grossartigen kulturellen Leistungen bis zur Weltmachtpolitik des 20. Jahrhunderts und unserer Gegenwart.

Orlando Figes: **Eine Geschichte Russlands.** Aus dem Englischen von Norbert Juraschitz. Klett-Cotta Verlag, Stuttgart 2022, 448 Seiten, Fr. 37.90, eBook Fr. 23.90.

Roter Hunger: Stalins Krieg gegen die Ukraine

In ihrem umfangreichen Werk *Roter Hunger. Stalins Krieg gegen die Ukraine* setzt sich die amerikanische Historikerin und Journalistin Anne Applebaum, die 1988 als Korrespondentin des «Economist» in Warschau ihre Karriere begann und sich seither intensiv mit Russland und den Ostblockländern beschäftigt hat, auf rund 550 Seiten mit der Geschichte der Ukraine seit 1917 bis heute auseinander, beginnend also mit der ukrainischen Revolution und der ukrainischen Nationalbewegung und endend in der Gegenwart mit einem Blick auf die aktuelle Erinnerungspolitik (siehe auch die Rezension in der **FRIEDENSZEITUNG** 31-19).

(Ist)

Anne Applebaum: **Roter Hunger. Stalins Krieg gegen die Ukraine.** Aus dem Englischen von Martin Richter. Siedler Verlag, München 2019, 544 Seiten, CHF 49.90.

Michail Schischkin: Tote Seelen, lebende Nasen

Je mehr ich mich in den Band *Tote Seelen, lebende Nasen. Eine Einführung in die russische Kulturgeschichte* vertiefte, desto mehr realisierte ich, wie wenig ich weiss. Ich entdeckte Autor:innen, von denen ich noch nie gehört hatte, mir wurden Zusammenhänge bewusst, was zum besseren Verständnis der heutigen Situation beiträgt. Zunehmend begeistert blätterte ich im digitalen Buch, lernte die Verweise schätzen, die mir nur diese Publikationsform bieten kann. Hinter dem umfangreichen Werk stecken das umfassende Wissen von Michail Schischkin sowie sein Können, uns eben dieses Wissen zugänglich zu machen, uns die Augen zu öffnen.

Michail Schischkin ist 1961 in Moskau geboren, er hat an der Staatlichen Pädagogischen Universität Moskau Germanistik und Anglistik studiert. Er arbeitete als Journalist für die Jugendzeitschrift *Rowesnik* und danach zehn Jahre als Deutsch- und Englischlehrer. 1995 folgte Michail seiner ersten Frau, einer Schweizerin, nach Zürich und begann als Russischlehrer und Dolmetscher zu arbeiten. Heute lebt er mit seiner zweiten Frau Evgeniya Schischkina und den Kindern in Kleinlützel in der Nähe von Laufen. (Ist)

Michail Schischkin: **Tote Seelen, lebende Nasen.** Eine Einführung in die russische Kulturgeschichte. Ein multimediales Projekt (E-Book). Petit-Lucelle, Kleinlützel 2018.

Ukrainische Literatur auf Ukrainisch

Dass es Literatur aus der Ukraine auf Ukrainisch gibt, ist in den westeuropäischen Ländern erst seit etwa 25 Jahren zur Kenntnis genommen worden. Dank AutorInnen wie Juri Andruchovytsh, Oksana Sabuzhko, Serhij Zhadan, Oleksandr Irwanets, Natalka Sniadan-ko, Maria Matios u. a., zu denen später Jüngere wie Tanja Maljartschuk, Sofia Andruchovytsh oder Andrij Ljubka stiessen, haben viele westeuropäische, vor allem deutschsprachige LeserInnen Ende der 1990er-Jahre erfahren, dass es überhaupt eine ukrainische Hochsprache gibt. Bücher von allen genannten SchriftstellerInnen sind im deutschsprachigen Raum zugänglich. Die Autorin Halyna Petrosanyak stellt Texte von ukrainischen AutorInnen aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert vor. Sie war am 24. August 2022 im Café de la paix in Zürich zu Gast.

/ Halyna Petrosanyak /

Oft habe ich von meinen deutschsprachigen Bekannten die Aussage gehört, die Ukraine sei eine junge Nation, entsprechend sei die ukrainische Literatur ein neues Phänomen. Diese Wahrnehmung stört mich, denn sie stimmt nicht mit den Realitäten überein. Zwar ist richtig, dass die Ukraine bis 1991 politisch nicht als ein selbstständiger Staat existiert hat. Seit 1921 gab es aber die Sowjetische Republik Ukraine, die, obwohl stark russifiziert, ihre eigene ukrainische Sprache und Literatur hatte. Und diese Republik ist nur deswegen entstanden, weil die ukrainische Sprache und die Volkskultur die brutale Russifizierung im Russischen Imperium des 18. und 19. Jahrhunderts überlebt hat.

Die ukrainische «Bauernsprache»

Die ukrainische Literatur in moderner ukrainischer Sprache existiert seit über 220 Jahren, seit von Ivan Kotljarewski eine Travestie auf Vergils «Aeneis» von 1798 erschienen ist. Im 19. Jahrhundert wurde Ukrainisch als Schriftsprache in kulturellen Bereichen mit dem sogenannten Emser Erlass vom russischen Zaren verboten: Das russische Imperium wollte das nationale Bewusstsein

der Völker, die es beherrschte, in Schranken halten. Es hiess, Ukrainisch sei eine Bauernsprache und dürfe sich nicht zu einer Hochsprache, einer literarischen Sprache entwickeln.

Zum Glück wurde von vielen ukrainischen Kulturschaffenden gegen die Verbote verstossen. Die Tatsache, dass Taras Schewtschenko (1814–1861) seine Gedichte im Jahre 1848 trotz des Verbotes auf Ukrainisch publizierte, hatte andere ukrainische AutorInnen dazu motiviert, in ihrer Muttersprache zu schreiben und zu publizieren. So ist im 19. Jahrhundert eine originelle und reiche ukrainischsprachige Literatur entstanden. Sie wurde von Pantelejmon Kulisch, Iwan Netschuj-Lewytskyj, Panas Myrnyj, Marko Wowtschok, Michailo Kozjubynskyj, Lesia Ukrainka – um nur die wichtigsten Namen zu nennen – geprägt. Auch AutorInnen aus dem westlichen Teil der Ukraine, der zur österreich-ungarischen Monarchie gehörte, haben den Kanon der ukrainischen klassischen Literatur mitgebildet (u.a. Ivan Franko, Juri Fedkowytsh, Olha Kobyljanska).



Walerjan Pidmohylnyj: *Die Stadt*. Aus dem Ukrainischen von Alexander Kratochvil, Lukas Joura, Jakob Wunderwald und Lina Zaitsek. Berlin 2022. 423 Seiten, Fr. 35.50.

Im Dunkel der ukrainischen Geschichte

In Westeuropa sind diese Namen kaum bekannt. Die Sowjetunion, wie früher das russische Imperium, hat verhindert, dass die Welt mehr über die in die Sowjetunion integrierten Völker, ihre Sprachen und Kulturen erfährt und sie als selbstständige Kulturen mit eigenen Sprachen wahrnimmt. In der Sowjetzeit wurden auf Deutsch nur wenige Bücher von ukrainischen Autoren herausgegeben. In diesem Zusammenhang möchte ich gerne eine Anthologie der ukrainischen Prosa in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, *Blauer November*, nennen, die 1959 im Wolfgang Rothe Verlag erschienen ist. Sämtliche Übersetzungen hat die deutsch-ukrainische Übersetzerin und Verlegerin Anna-Halja Horbatsch vorgenommen.

Der Verleger Wolfgang Rothe schreibt in seinem Vorwort zu diesem Buch: «Die Kollektivierung der Bauern wurde mittels einer künstlich hervorgerufenen Hungersnot bewerkstelligt; sie soll annähernd fünf Millionen Menschen das Leben gekostet haben [...] Um 1937 wurde die technische Intelligenz liquidiert. Die Hochschulen wurden russifiziert. Das Dunkel der ukrainischen Geschichte war kaum je zuvor tiefer als in den Dreissigerjahren gewesen, als der Terror eines veritablen Panrussismus nicht nur gegen innere Parteioptionen, sondern zudem gegen die Autonomiesehtsüchte eines Volkes wütete.» Später gründete Anna-Halja Horbatsch den Brodina-Verlag, in dem sie bis zu ihrem Tod 2011 erste ukrainische AutorInnen, von ihr auf Deutsch übersetzt, publizierte. Über Jahrzehnte hat Horbatsch ukrainische Literatur in deutscher Übersetzung zugänglich gemacht. Aktuell kann man einige Bücher vom Brodina-Verlag im Internet noch kaufen.

Von Stalin hingerichtet

Mit dem brutalen Angriffskrieg Russlands hat das Interesse an der Geschichte und an der klassischen Literatur der Ukraine zugenommen. In den letzten Monaten sind zwei bedeutsame ukrainische Romane aus den Zwanzigerjahren des 20. Jahrhunderts auf Deutsch er-



Viktor Domontowytsch: **Das Mädchen mit dem Bären**. Aus dem Ukrainischen von Ganna Gnedkova und Peter Marius Huemer. Septime Verlag, Wien 2022. 144 Seiten, Fr. 31.50.

schiene. Einer ist der Roman *Die Stadt* von Walerjan Pidmohylnyj, in dem Kyjiw Ende der Zwanzigerjahre im Mittelpunkt steht. *Die Stadt* ist einer der ersten urbanen Romane der ukrainischen Literatur, das erste Werk der ukrainischen Literatur mit Merkmalen des Existenzialismus – und dies lange vor Jean-Paul Sartre. Walerjan Pidmohylnyj war auch ein bedeutender Übersetzer der französischen Literatur. 1937 wurde der 37-Jährige zusammen mit über 200 weiteren Kulturschaffenden aus der Ukraine vom stalinistischen Regime wegen seiner ukrainischen Identität hingerichtet.

Weiter möchte ich den Roman *Das Mädchen mit dem Bären* von Viktor Domontowytsch empfehlen. Auf Ukrainisch ist das Buch 1928 erschienen, vor einigen Monaten ist es im Septime Verlag in der deutschen Übersetzung erschienen. Der Septime Verlag schreibt: «Der Debütroman W. Domontowytschs wird des Öfteren mit Vladimir Nabokovs *Lolita* verglichen. Der Vergleich lässt sich begründen: 1928, 22 Jahre vor *Lolita*, schreibt der ukrainische Autor einen Roman über die Beziehung eines belesenen Lehrers, der zugleich Ich-Erzähler des Romans ist, zu dem minderjährigen Mädchen Syna und darüber, wie diese Beziehung das Leben der beiden ruiniert.»

Artem Tschech und Iryna Tsilyk auf Lesetour

«Schreib dein Buch, Tschech, das ist ein Befehl»

Artem Tschech gehört zu den bekanntesten ukrainischen Schriftstellern, er hat mehr als fünfzehn Prosa- und Sachbücher geschrieben, auf Deutsch gibt es gerade ein Buch, erschienen im Herbst 2022 im Arco Verlag, dem kleinen engagierten Verlag, der seit vielen Jahren die Vielfalt der Literaturen Mitteleuropas als Programmschwerpunkt pflegt. *Nullpunkt* heisst der Band von Artem Tschech, entstanden ist er während seiner Dienstzeit in der ukrainischen Armee an der Frontlinie im Donbass 2015/2016.

In kurzen Prosatexten erzählt Tschech vom Alltag im Krieg, von Freundschaft unter Männern, von Angst vor dem Tod. In *Nullpunkt* – eine Bezeichnung der Frontlinie, die wie ein Schnitt durch die Ostukraine verläuft und die ukrainische Armee von separatistischen Kämpfern trennt – schildert der Autor, der mit seiner Familie in Kyjiw lebt, wie sich ein junger Mensch, ein friedlicher Zivilist, in einen Soldaten verwandelt. Wie ihn der Drill in der Steppe verändert. Dabei hält Tschech auch nicht mit Kritik an der Armee zurück: Langeweile, Dreck, Kälte, Wanzen stumpfen die Menschen ab. Gutgemeinte Fürsorglichkeit – sie bekommen Unmengen Speck, Osterbrot und Käse, die sie nie essen können – kann ebenso empören wie Herumkommandiert-Werden.

Zunehmend wichtig wird jedoch in den Geschichten, wie sich Männer, die aus verschiedenen Welten kommen, sich nicht kennen, sich im anderen Leben nie begegnen würden, zusammenwachsen. Wie Freundschaften entstehen: «Ich dankte ihm dafür, dass er mir beigebracht hatte, ein Mann zu sein, keine Angst zu haben und die Wahrheit zu sagen. Er bedankte sich auch. Dafür, dass ich ihn nicht im Stich gelassen hatte, obwohl er anfangs an mir zweifelte. Er sagte, dass er nicht an mich geglaubt und dass er befürchtet habe, ich könnte bei Gefahr in Panik geraten und ihn im Stich lassen.»

Mitte November war Artur Tschech, der wieder an der Front ist, auf einer kleinen Lesetournee in Deutschland und der Schweiz, so auch in Zürich. Zusammen mit seiner Frau Iryna Tsilyk, ihrerseits Regisseurin und Schriftstellerin, erzählten sie davon, wie sie versuchen zu (über-)leben. Iryna Tsilyk sieht in Gedichten das passende Mittel, das, was geschieht, aus-

zudrücken. Poesie kann sofort reagieren, ist unmittelbar, Prosa oder auch ein Film brauchen mehr Distanz. In knapper eindringlicher Sprache schreibt sie etwa im Gedicht «Kommunizierende Röhren», wie bei ihr in Kyjiw alles zu zerbrechen droht, als sie ein Gruss von der Front erreicht: «Hallo, trinke gerade Kaffee.» Eine SMS, die auch ihren Schmerz zurückdrängt. So stehen die Parallelwelten nebeneinander, sie werden sich so schnell nicht auflösen.

Die kurzen Prosatexte von Artem Tschech sind ebenfalls unmittelbare Zeugnisse. Er hat sie – meistens im Unterstand – direkt ins Handy getippt, das Tablet machte später das Schreiben einfacher. «Skizzen, Zitate, Beobachtungen. Ich erinnere mich, sortiere, lege es in Fächern ab. [...] Was sonst im Leben, in Zivil, schockieren oder gar traumatisieren würde, sehe ich hier als Norm. Unheilvoll sind die Grenzen zur Grausamkeit aufgehoben, sie zerrinnen wie Wasserfarben auf Papier. Es tut einem zunehmend weniger um die Menschen leid, und allmählich machen sich Gefühllosigkeit und Brutalität breit.» Eigentlich wollte Tschech für die deutsche Ausgabe von *Nullpunkt* ein Vorwort schreiben, da sich – seit 2015/16 und seit er wieder in der ukrainischen Armee dient – so vieles verändert hat. Er kam nicht dazu.

Artem Tschech: **Nullpunkt**. Aus dem Ukrainischen von Alexander Kratochvil und Maria Weissenböck. Mit Fotografien von Brendan Hoffman. Arco Verlag, Wuppertal 2022, 200 Seiten, Fr. 22.–.





FRIEDENSZEITUNG

DIE FRIEDENSPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

FRIEDENSZEITUNG
Nr. 42 SEPTEMBER 2022

1. Schwerpunkt: Die Neutralität auf dem Prüfstand	16. Erste Staatenkonferenz des Atomwaffenvertrags
2. Neutralität: Gedankenspiele, realistische Vorlesung	17. Ukraine: Putins imperialer Phantomschmerz
3. Die Geschichte der schweizerischen Neutralität	22. Friedenskonferenz 2022: Ein Leben mit Normen
4. Unter der Oberfläche: Der AUKUS-Pakt	24. Der unsichtbare Krieg der Atom-Normen

Neutrality reloaded

Die USA unter Ronald Reagan haben einen Bericht zur aktuellen Auslegung einer Neutralitätsstrategie erstellt, der im Auftrag zum hundertsten Jahrestag der Unabhängigkeit der Schweiz im Jahr 2021 erstellt wurde.

«Reparative Neutralität»

Im Bericht wird eine neue Definition der Neutralität vorgeschlagen, die die Schweiz in der Lage sein soll, die Neutralität als ein Instrument der Friedenspolitik zu nutzen, um die Welt zu einem friedlichen Ort zu machen.

«Reparative Neutralität»

Im Bericht wird eine neue Definition der Neutralität vorgeschlagen, die die Schweiz in der Lage sein soll, die Neutralität als ein Instrument der Friedenspolitik zu nutzen, um die Welt zu einem friedlichen Ort zu machen.

Keine Verletzung

Die Schweiz hat die Neutralität nicht verletzt, sondern sie hat sie neu definiert.

Keine Verletzung

Die Schweiz hat die Neutralität nicht verletzt, sondern sie hat sie neu definiert.

Die einzige friedenspolitische Zeitschrift der Schweiz, die
FRIEDENSZEITUNG:

Aktuell, hintergründig, informativ,
über schweizerische und internationale
Friedensthemen und -arbeit
viermal jährlich vierfarbig

☐ Jetzt abonnieren: 50 Franken im Jahr
☐ Jetzt schnuppern: 3 Ausgaben gratis

FRIEDENSZEITUNG
Nr. 41 JUNI 2022

6. Die Debatte über die Atomwaffenkontrolle	22. Ukraine und Syrien: Schwelbende Soldat
12. Die Landminen gegen Russland	28. Die Waffenstillstandsverhandlungen
16. Die Verträge über die Atomwaffen	34. Die Rolle der Schweiz in der Welt
19. Neue Themen zur internationalen Ordnung	39. Veranstaltungen und Bücher

Den Zivildienst zertrümmern oder gar Zwangsarbeit einführen?

Der Zivildienst ist seit seiner Einführung vor gut 20 Jahren eine zentrale Friedenspolitik der Schweiz. Er ist ein Instrument der Friedenspolitik, das die Schweiz in der Lage sein soll, die Neutralität als ein Instrument der Friedenspolitik zu nutzen, um die Welt zu einem friedlichen Ort zu machen.

Keine Verletzung

Die Schweiz hat die Neutralität nicht verletzt, sondern sie hat sie neu definiert.

Keine Verletzung

Die Schweiz hat die Neutralität nicht verletzt, sondern sie hat sie neu definiert.

Name, Vorname, Adresse

PLZ, Ort

Datum

Bitte einsenden an **FRIEDENSZEITUNG**, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich oder per Mail an: info@friedensrat.ch